



## DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024

**551 Editorial** von Marcel Fratzscher

### Wirtschaftliche Erholung ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben



**553 Bericht** von den DIW-Konjunkturforscher\*innen

### DIW-Konjunkturprognose: Industrie stottert weltweit – Deutsche Wirtschaft stagniert

**568 Anhang**

**574 Interview** mit Geraldine Dany-Knedlik

**576 Kommentar** von Karsten Neuhoff

### Flexibilität fällt nicht vom Himmel

### Die Zukunft des Wohnungsbaus

**Finanzierung und Zinsaufwand für die 1951 bis 1953 erbauten Wohnungen <sup>1)</sup>**  
(Schätzung)

	Finanzierungs- mittel		Zinsaufwand	
	Mill.DM	vH	Mill.DM	vH
<b>Finanzierung und Verzinsung</b>				
6,5%oige Kapitalmarktmittel	3 847	22,3	250	57,5
6,5%oige öffentliche Mittel	700	4,1	46	10,6
5,0%oige ERP-Mittel . . . .	321	1,9	16	3,7
0,5%oige öffentliche Mittel	6 671	38,8	33	7,6
3,5%oige Mittel der Bau- sparkassen . . . . .	1 375	8,0	48	11,0
4,0%oige Eigenmittel . . . .	1 050	6,1	42	9,6
Zinslose Restmittel . . . .	3 236	18,8	.	.
<b>Finanzierung u. Verzinsung insgesamt . . . . .</b>	<b>17 200</b>	<b>100,0</b>	<b>435</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Für 1,37 Millionen Wohnungen. Die angegebenen Zinssätze sind als Durchschnitte zu verstehen.  
*Quellen:* Fey: „Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik 1953 und seine Finanzierung“, Bundesbaublatt 3. Jg., Heft 4; Claus: „Die Leistung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Jahre 1952“ in: Gemeinnütziges Wohnungswesen, 6. Jg., Heft 9; durch eigene Schätzungen ergänzt.

© DIW Berlin 1954

Der Wohnungsbau hat sich in der Bundesrepublik seit einigen Jahren als eine der stärksten Stützen der konjunkturellen Entwicklung erwiesen. Dieser bedeutsamen Funktion wird die Wohnungsproduktion 1954 ebenfalls voll gerecht werden, wenn auch zunächst, d. h. im ersten Halbjahr, infolge der Ungunst der Witterung nur die Produktion der entsprechenden Vorjahrszeit erreicht werden konnte. Demgegenüber ist aber für das zweite Halbjahr 1954 mit einer Zunahme der Bauleistung gegenüber dem Vorjahr um 20 bis 25 vH zu rechnen.

Wenn nicht der Winter wieder Erwarfen früh einsetzen sollte, ist deshalb ein neuerlicher Höchststand an jährlich erbautem Wohnraum zu erwarten. Konnten bereits im Jahr 1953 nach amtlichen Ermittlungen 515 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden, so dürften es 1954 etwa 550 000 bis 600 000 — dazu noch durchschnittlich größere und besser ausgestattete — Wohnungen sein. Die große Spannweite der Schätzung erklärt sich vor allem daraus, daß noch nicht zu übersehen ist, in welchem Maße die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen — der sogenannte „Wohnungsüberhang“ — zunehmen wird.

Aus dem Wochenbericht Nr. 36 vom 3. September 1954

#### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: [kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)

91. Jahrgang 6. September 2024

#### Herausgeber\*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
 Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
 Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;  
 Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;  
 Kristina van Deuverden

#### Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

#### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;  
 Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

#### Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter [www.diw.de/wochenbericht](http://www.diw.de/wochenbericht) abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter [www.diw.de/wb-anmeldung](http://www.diw.de/wb-anmeldung)

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

# Wirtschaftliche Erholung ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

Von Marcel Fratzscher

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland kommt nach wie vor nicht in Fahrt. Die Erwartung, dass sich die wirtschaftliche Dynamik beschleunigt, hat sich bisher nicht erfüllt. Stattdessen hat die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal erneut einen Rückschlag erlitten. Trotzdem gibt es gute Gründe, weshalb die wirtschaftliche Erholung in Deutschland nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben ist. Der Schlüssel für die Erholung in den kommenden beiden Jahren dürfte nicht nur in den Investitionen der Industrie und im Außenhandel liegen, sondern vor allem in einer Erholung des privaten Konsums.

Die neue Herbstprognose des DIW Berlin prognostiziert für 2024 eine Stagnation der deutschen Wirtschaft, nachdem im Sommer noch ein kleines Wachstum von 0,3 Prozent erwartet worden war. Diese Revision ist vor allem einem schwachen zweiten Quartal geschuldet und einer Kombination von geringeren privaten Investitionen und Exporten. Vor allem aber hat sich in den vergangenen Monaten die Stimmung bei Unternehmen und auch Konsument\*innen nach einer temporären Erholung im Frühjahr erneut eingetrübt.

Die Schwäche der Industrie und des Außenhandels setzt sich also nach einem kurzen Lichtblick zu Beginn des Jahres fort. Es dürfte noch bis zum Jahreswechsel dauern, bis sich die Investitionen und der Außenhandel nicht mehr negativ auf die Wirtschaftsleistung auswirken. Der bisher im öffentlichen Diskurs weniger betrachtete Aspekt ist die Schwäche des privaten Konsums. Alle Prognosen für die deutsche Wirtschaft sind bisher von einer deutlichen Stärkung des privaten Konsums als Haupttreiber der wirtschaftlichen Erholung ausgegangen. Diese Erholung des privaten Konsums bleibt jedoch bisher größtenteils aus, obwohl die realen Einkommen der Haushalte im Laufe des Jahres zum Teil deutlich gestiegen sind.

Drei Erklärungen spielen in diesem Zusammenhang eine übergeordnete Rolle: Zum einen ist die Verunsicherung der Konsument\*innen nach wie vor hoch, Pessimismus und Zukunftssorgen haben sich in großen Teilen der Bevölkerung festgesetzt. Eine hohe Unsicherheit bedeutet, dass Konsument\*innen wichtige Anschaffungen verschieben und lieber mehr sparen, um auf künftige Krisen oder Einkommenseinbußen vorbereitet zu sein. In der Tat haben sich nicht nur die Stimmungsindikatoren der Unternehmen in den letzten Monaten verschlechtert, sondern auch das Konsumklima in Deutschland ist bemerkenswert schlecht – trotz zum Teil deutlicher Lohnerhöhungen.

Eine zweite Erklärung sind die Auswirkungen der hohen Inflation der vergangenen Jahre. Zwar steigen die realen Löhne und Einkommen der Arbeitnehmer\*innen seit Mitte 2023 im Durchschnitt wieder. Viele Menschen konnten die Kaufkraftverluste infolge der hohen Inflation zwischen 2021 und 2023 aber noch nicht kompensieren, sie haben heute real weniger Geld im Portemonnaie als vor drei Jahren. Die dritte Erklärung hat mit der Verteilung der Belastungen durch die Inflation und der Einkommensentwicklungen zu tun. Vor allem Haushalte mit mittleren und geringen Einkommen waren von der hohen Inflation stark betroffen, da vor allem Produkte des täglichen Bedarfs teurer geworden sind. Die Bundesregierung dagegen hat in den letzten Jahren durch das Inflationsausgleichsgesetz, steuerliche Begünstigungen von Einmalzahlungen und nun im Haushalt 2025 durch den Ausgleich der kalten Progression vor allem Menschen mit mittleren und höheren Einkommen finanziell entlastet. Menschen mit geringen Einkommen, die eine höhere Konsumquote haben, profitierten finanziell kaum.

Auch in den kommenden zwei Jahren sollten die Reallöhne in Deutschland steigen, zumal durch den Arbeitskräfte-

mangel die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer\*innen hoch ist. Zudem dürfte sich auch die Weltwirtschaft nach einer Schwächephase im kommenden Jahr wieder erholen und somit die Nachfrage nach deutschen Exporten graduell steigen. Aus diesen Gründen sieht unsere Prognose keine ausbleibende wirtschaftliche Erholung, sondern lediglich eine später beginnende. Im Jahr 2025 dürfte das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt bei 0,9 Prozent und im Jahr 2026 sogar bei 1,4 Prozent liegen. Diese Wachstumswerte sind weit höher als das mittelfristige Potenzialwachstum in Deutschland von 0,4 Prozent. Dies zeigt auch, dass die deutsche Wirtschaft noch immer weit unter ihrem Potenzial produziert und erhebliche Aufholkapazitäten hat. Zurzeit dürfte die Produktionslücke in Deutschland massive 1,9 Prozent betragen und der größte Teil der Lücke erst zum Ende des Jahres 2026 geschlossen werden.

Daher bleiben wir bei unserer vorsichtig optimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Erholung für die kommenden Jahre, auch wenn Rückschläge nicht ausbleiben werden. Die Risiken für die Weltwirtschaft sind nach wie vor groß: Sollte Donald Trump erneut zum US-Präsidenten gewählt werden, könnten Handelskonflikte der USA mit China und Europa die deutsche Volkswirtschaft genauso empfindlich treffen wie eine Eskalation der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten.

Aber auch hausgemachte Probleme in Deutschland könnten die deutsche Wirtschaft weiter belasten. Die Unzufriedenheit mit der Politik ist nach wie vor groß und die Verunsicherung so hoch, dass zahlreiche Unternehmen ihre Investitionen zurückhalten wollen. Wie die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen zeigen, kann eine zunehmende Polarisierung zu einer politischen Paralyse führen, zu einer Handlungsunfähigkeit auch in der Wirtschaftspolitik, so dass dringend benötigte Reformen noch schwieriger oder gar unmöglich werden.

Es gibt jedoch auch Lichtblicke in der wirtschaftlichen Entwicklung, die betont werden sollten. So ist der Arbeits-

markt nach wie vor eine große Stärke, mit rund 46 Millionen Beschäftigten gibt es heute eine Rekordbeschäftigung in Deutschland. Der leichte Anstieg der Arbeitslosenquote ist auch der Zuwanderung von Geflüchteten geschuldet und eher eine vielversprechende Entwicklung, da so weitere Arbeitskräfte gewonnen und in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Zudem ist die Inflation deutlich gefallen. Die besseren Finanzierungsbedingungen infolge der Zinssenkungen dürften einen wichtigen Impuls setzen, damit die Unternehmen wieder mehr investieren. Allerdings wird sich dieser Effekt erst über die nächsten zwölf bis 18 Monate entfalten und auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirken. Durch die geplante Wachstumsinitiative der Bundesregierung dürfte sich auch der Bundeshaushalt 2025 leicht positiv auf die Wirtschaftsleistung auswirken und die privaten Investitionen unterstützen. Die positiven Auswirkungen dieser Wachstumsinitiative sollten jedoch nicht überschätzt werden. Der Bundeshaushalt 2025 ist als Ganzes zu restriktiv und hätte expansiver sein sollen, um die schwache Wirtschaft in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen.

Vor allem benötigt die Finanzpolitik einen stärkeren Fokus auf die Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Die Schwäche des privaten Konsums sollte ein Weckruf an die Politik sein. Sie wird nur dann behoben werden können, wenn vor allem auch Menschen mit mittleren und geringen Einkommen dauerhaft höhere Realeinkommen haben und wieder Vertrauen fassen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Stagnation, nicht in einer Krise oder substanziellen Rezession. Die Stimmung ist nach wie vor deutlich schlechter als die wirtschaftliche Realität. Die Enttäuschung über die bisher ausbleibende Erholung ist verständlich. Es gibt jedoch gute Gründe, dass die deutsche Wirtschaft 2025 und 2026 deutlich an Fahrt gewinnen wird. Die Politik muss diese wirtschaftliche Erholung noch stärker unterstützen, sowohl durch eine expansivere Finanzpolitik als auch durch kluge politische Entscheidungen und eine bessere Kommunikation.

AUF EINEN BLICK

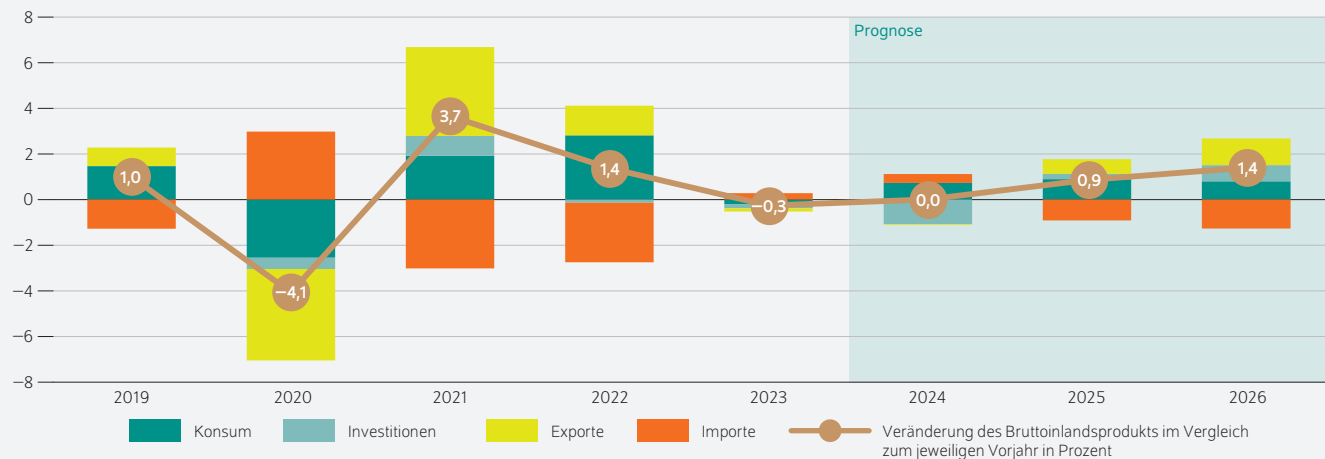
## DIW-Konjunkturprognose: Industrie stottert weltweit – Deutsche Wirtschaft stagniert

Von den DIW-Konjunkturforscher\*innen

- Deutsche Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle: Nach positivem Jahresbeginn Rückschlag im zweiten Quartal – Erholung setzt frühestens zum Jahresende ein
- Trotz steigender Reallöhne und Inflation im Zwei-Prozent-Bereich halten Bürger\*innen ihr Geld bisher zusammen, auch Exporte und Investitionen stracheln
- DIW Berlin prognostiziert für deutsche Wirtschaft Stagnation in diesem Jahr und Wachstum von 0,9 und 1,4 Prozent in kommenden beiden Jahren
- Privater Konsum dürfte dann Hauptstütze sein, aber langsamer als zunächst erwartet steigen – Weltweit sinkende Zinsen beleben Außenhandel und Investitionen
- Weltwirtschaft weiter auf Erholungskurs (in diesem Jahr wohl 3,8 Prozent Wachstum), zuletzt aber ebenfalls etwas abgeschwächt – Wachstum in China stockt, USA vor Abkühlung

### Privater Konsum stützt deutsche Wirtschaft 2025 und 2026 – keine Impulse vom Außenhandel

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

### ZITAT

„Die Nachfrage nach deutschen Industriegütern ist im In- und Ausland nach wie vor schwach, der Auftragsmangel wird zunehmend zum Problem. Es bleibt aber zu hoffen, dass eine langsam anziehende Investitionstätigkeit im Ausland auch die deutsche Industrieproduktion wieder etwas in Gang bringt – trotz der starken Konkurrenz aus China.“  
— Geraldine Dany-Knedlik —

### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# DIW-Konjunkturprognose: Industrie stottert weltweit – Deutsche Wirtschaft stagniert

Von Geraldine Dany-Knedlik, Nina Maria Brehl, Hella Engerer, Angelina Hackmann, Pia Hüttl, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz, Laura Pagenhardt, Marie Rullière, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Ruben Staffa und Kristin Trautmann

## ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft tritt weiter auf der Stelle. Nachdem es zu Jahresbeginn noch so aussah, als spränge der Konjunkturmotor endlich an, gab es im zweiten Quartal einen kleinen Rückschlag. Obwohl die Einkommen steigen und die Inflation mittlerweile nahe der Zielmarke von zwei Prozent liegt, halten die Menschen in Deutschland ihr Geld zusammen. Da die schwächelnde Industrie die Investitionen und Exporte straukeln ließ, ist der Aufschwung erst einmal verschoben – in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung insgesamt stagnieren. Ab dem Jahresende wird es dann aber wohl aufwärts gehen, für die Jahre 2025 und 2026 ist ein Wachstum von 0,9 beziehungsweise 1,4 Prozent zu erwarten. Hauptstütze dürfte der private Konsum sein, der zwar langsamer als erwartet steigen wird, aber dennoch Impulse gibt. Solche entfalten im Zuge weltweit weiter sinkender Zinsen auch der Außenhandel und die Investitionen. Die Weltwirtschaft ist weiter auf Erholungskurs, hat sich im zweiten Quartal aber ebenfalls etwas schwächer als im ersten Quartal entwickelt. Insbesondere das Wachstum in China ist etwas ins Stocken geraten. Auch in den USA gibt es Anzeichen für eine bevorstehende konjunkturelle Abkühlung. Nach 3,8 Prozent in diesem Jahr dürfte die Weltwirtschaft 2025 nur noch um 3,5 Prozent wachsen und sich erst 2026 wieder etwas dynamischer entwickeln.

## Weltwirtschaft: Weitere Erholung erwartet, nur die Wirtschaft in den USA kühlt ab

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im zweiten Quartal 2024 abgeschwächt; sie legte um 0,7 Prozent zu, nach 1,0 Prozent im vorherigen Quartal (Abbildung 1). Insbesondere in den Schwellenländern geriet das Wachstum ins Stocken. Grund war die Entwicklung in China, wo die Binnennachfrage weiterhin gedämpft ist. Etwas mehr Schwung kam hingegen aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere aus den USA und dem Euroraum. Dort gingen die Inflationsraten weiter zurück, was im Euroraum im Juni zu einer ersten Zinssenkung führte.

Getragen von Konsum und Exporten wuchs die Wirtschaft in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im zweiten Quartal um 0,6 Prozent. Im Euroraum setzte die Wirtschaft ihre Erholung fort und legte erneut um 0,3 Prozent zu. Vor allem der Außenhandel leistete dank steigender Exporte einen positiven Beitrag. Mit einem Wachstum von 0,8 beziehungsweise 1,0 Prozent stützten Spanien und die Niederlande die wirtschaftliche Belebung im Euroraum besonders stark. Auch Frankreich und Italien legten jeweils ein positives Quartalswachstum von 0,2 Prozent vor. Lediglich Deutschland trug unter den großen Euroländern mit –0,1 Prozent negativ zum Wachstum des Euroraums bei. Im Vereinigten Königreich stieg die Wirtschaftsleistung weiterhin deutlich um 0,6 Prozent, was vor allem durch einen starken Lageraufbau gestützt wurde.

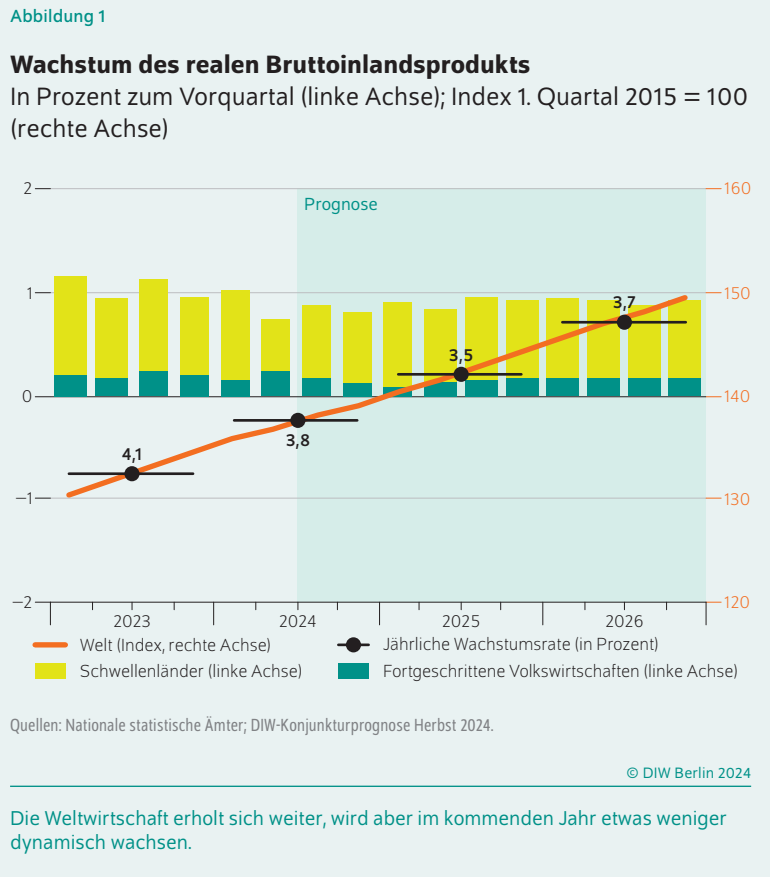
Auch in den USA legte die Wirtschaft im zweiten Quartal mit 0,7 Prozent kräftig zu, weiterhin getrieben von robusten Konsumausgaben und Unternehmensinvestitionen. In Japan verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einem Anstieg um 0,8 Prozent eine deutliche Gegenbewegung zum negativen Jahresauftakt. Steuererleichterungen und Reallohnzuwächse dank großer Lohnerhöhungen kurbelten den privaten Konsum an.

Unter den Schwellenländern, die insgesamt um 0,8 Prozent zulegten, enttäuschte lediglich China im zweiten Quartal. Die Wirtschaft dort wuchs nur um 0,7 Prozent, nach 1,5 Pro-

zent im Vorquartal. Negative Faktoren wie der weiterhin angeschlagene Immobilienmarkt, die verhaltene Binnen­nachfrage und schwere Unwetter und Überschwemmungen dämpften das Wachstum, während die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen den Problemen im Immobiliensektor nur begrenzt entgegenwirkten.<sup>1</sup> Positiv trugen hingegen die gute Auslandsnachfrage und die staatlichen Investitionen in den High-Tech-Sektor zum Wachstum bei. Die indische Wirtschaft setzte ihr Expansionstempo dank einer starken Binnenkonjunktur fort. In Mexiko und Brasilien wuchs die Wirtschaft weiter, die Dynamik ließ jedoch etwas nach. Hier zeigte die restriktive Geldpolitik Wirkung, und der Exportsektor spürte die schwächere Weltwirtschaft. In den mittel- und südosteuropäischen EU-Ländern stach vor allem Polen mit einer Quartalszuwachsrate von 1,5 Prozent hervor; hier trugen insbesondere der private und öffentliche Konsum sowie Investitionen zum Wachstum bei.

Im laufenden dritten Quartal dürften die fortgeschrittenen Volkswirtschaften etwas weniger zum Weltwirtschaftswachstum beisteuern als noch im Vorquartal. Dies ist vor allem auf die Abkühlung der US-Wirtschaft angesichts eines weniger dynamischen Konsums und einer sich eintrübenden Lage auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Wirtschaft im Euroraum ohne Deutschland dürfte ihre Erholung fortsetzen. Dabei werden wohl die stetigen Reallohnzuwächse die Binnennachfrage stärken. Von der Industrie hingegen sind im Euroraum keine Impulse zu erwarten: Während die Einkaufsmanagerindizes des Verarbeitenden Gewerbes der einzelnen Euroländer im ersten Halbjahr 2024 noch Zeichen der Erholung zeigten, sind sie seit Juni wieder rückläufig. Die Unternehmen sind unter anderem pessimistisch, was die politische Unsicherheit (Frankreich), den Rückgang von Aufträgen und die steigenden Preise für Vorleistungsgüter und Arbeitskosten (Spanien, Niederlande, Italien) betrifft. Im Dienstleistungssektor verschlechtern sich die Aussichten in den meisten Mitgliedsländern ebenfalls, die Indizes bleiben aber über der Expansionsschwelle. In Frankreich hat sich die Stimmung dank der Olympischen Spiele im Sommer aufgehellt. Im Vereinigten Königreich sind die Aussichten für das dritte Quartal gut. Sowohl die aufwärtsgerichteten Einkaufsmanagerindizes in allen Wirtschaftsbereichen als auch das gestiegene Konsumentenvertrauen deuten auf eine weitere Erholung hin. Auch die Reallohnzuwächse dürften den Konsum weiter ankurbeln. In Japan setzt die sich erholende Binnennachfrage leichte Wachstumsimpulse für das dritte Quartal. Gleichzeitig sind auch dort die Signale für eine Belebung im Verarbeitenden Gewerbe sehr schwach; der Einkaufsmanagerindex verharrt seit zwei Monaten wieder unter der Expansionsschwelle von 50.

In den Schwellenländern wird im dritten Quartal ein stärkeres Wachstum als im zweiten Quartal erwartet. Die indische Wirtschaft dürfte weiterhin dynamisch zulegen. Die chinesische Wirtschaft wird wohl von zunehmenden Exporten und



Investitionen in den High-Tech Sektor profitieren. Die Binnennachfrage hingegen dürfte aller stimulierenden geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zum Trotz weiterhin unter den Problemen im Immobiliensektor leiden, was das jährliche Wachstumsziel der chinesischen Regierung von fünf Prozent für dieses Jahr fraglich erscheinen lässt.

Trotz bereits eingeleiteter oder noch anstehender Zinswenden dürfte die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin restriktiv wirken. Bis Ende des kommenden Jahres wird wohl vielerorts der neutrale Zins erreicht sein. Die Europäische Zentralbank läutete im Juni die Zinswende ein (Kasten 1), die Bank of England folgte im August. In den USA bahnt sich angesichts der stetig sinkenden Inflation eine Zinswende für Mitte September an. Im Gegensatz dazu beschloss die japanische Notenbank im Juli wegen der höheren Inflationsraten und des schwachen Yen eine weitere Zinserhöhung. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass die jahrelange sehr expansive Geldpolitik zu einem Ende kommt, was aber kurzfristig zu weltweiten Börsenturbulenzen führte.

In vielen Schwellenländern senken die Zentralbanken die Leitzinsen schon seit einiger Zeit. In Brasilien werden angesichts sinkender Inflationsraten und eines schwächeren Wirtschaftswachstums seit einem Jahr regelmäßig die Leitzinsen gesenkt. Auch in Mexiko entschloss sich die Zentralbank im März und August zu Leitzinssenkungen, die jedoch aufgrund einer hartnäckigeren Inflation moderater ausfielen. In China verfolgt die Zentralbank aufgrund der Deflationstendenzen einen expansiveren Kurs. Dort dämpfen die

<sup>1</sup> Vgl. Timm Bönke et al. (2023): DIW Konjunkturprognose Winter 2023: Aussichten reichen von heiter bis wolkig. DIW Wochenbericht Nr. 5, Kasten 2, 717 (online verfügbar, abgerufen am 29. August 2024). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben.

Kasten 1

**Annahmen und Rahmenbedingungen**

Dieser Prognose liegen die folgenden Annahmen über den weiteren Verlauf von Leitzinsen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen zugrunde (Tabelle). Sie wurden auf Basis der bisherigen Entwicklung, der Preise an den Terminmärkten sowie der Schlusstände zum Stichtag dieser Prognose am 19. August 2024 getroffen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Juni erstmals die Zinsen gesenkt. Damit leitete sie nach einem Jahr mit konstantem Zinsniveau die Zinswende im Euroraum ein. Über den Prognosehorizont werden sechs weitere Zinssenkungen angenommen, die jeweils zu jedem zweiten Treffen der EZB erfolgen dürften. Im Detail wird angenommen, dass die Zentralbank im September zum zweiten Mal die Zinsen senken wird, wieder um 25 Basispunkte. Zeitgleich wird sie wie angekündigt den Zinskorridor zwischen dem Leitzins und Einlagezins von 50 auf 15 Basispunkte verringern. Die EZB steuert die Wirtschaft seit längerer Zeit über den Einlagezins und nicht den Leitzins (Hauptrefinanzierungssatz). Daher ist die wichtige Kennzahl für Zinsveränderungen der Einlagezins.

Die darauffolgenden Zinssenkungen werden zu jeweils 25 Basispunkten angenommen. Dies ergibt eine Senkung des Einlagezinses von jeweils 75 Basispunkten in diesem und im kommenden Jahr.

In Erwartung der Zinswende sanken die Geldmarktzinsen schon Anfang des Jahres. Es wird angenommen, dass diese – im Einklang mit den Leitzinsen – über den Prognosehorizont weiter fallen. Auch die Refinanzierungskosten für Haushalte und Unternehmen dürften sich mit fallenden Leitzinsen in den kommenden Jahren verringern. Die Renditen für Staatsanleihen sind nach einem kurzen Absinken Anfang 2024 wieder leicht gestiegen. Es wird angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitestgehend unverändert bei 2,4 Prozent für Deutschland und 3,1 Prozent für den Euroraum liegen werden. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar aufgrund des Zinsdifferentials zuletzt abgewertet. Für den Prognosezeitraum wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar auf dem erreichten Niveau von 1,09 Dollar pro Euro verbleibt.

Unsicherheiten über das Gasangebot im kommenden Jahr ließen die Großhandelspreise für Erdgas (TTF) zuletzt wieder leicht ansteigen. Jedoch dürften gut gefüllte Speicher eine starke Verknappung des Angebots verhindern. Der durchschnittliche Gaspreis dürfte laut Futures bei 34,50 Euro (2024) beziehungsweise 41,90 Euro (2025) und 35,70 Euro (2026) je Megawattstunde liegen. Der Preis für Brent-Rohöl wird gemäß gehandelten Futures über den Prognosezeitraum hinaus leicht absinken. In diesem Jahr dürfte der Preis im Durchschnitt bei 82,60 US-Dollar pro Barrel liegen, bevor er auf einen Durchschnittspreis von 76,70 US-Dollar im Jahr 2025 und schließlich 73,70 US-Dollar pro Barrel im Jahr 2026 sinkt. Neben den Annahmen über Rohstoffpreise und Zinsen liegen dieser Prognose auch politische Annahmen zugrunde: So wird angenommen, dass es zu keinen weiteren Eskalationen, aber auch zu keiner Auflösung der derzeitigen geopolitischen Krisen, wie dem Nahost-Konflikt, dem Krieg in der Ukraine sowie der Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan, kommt.

Tabelle

**Annahmen dieser Prognose**

		2023	2024	2025	2026
EZB-Einlagezins <sup>1</sup> (Jahresende)	Prozent	4,0	3,25	2,5	2,5
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	3,4	3,5	2,4	2,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,3	3,1	3,1	3,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,6	2,5	2,4	2,4
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,08	1,09	1,09	1,09
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	82,50	82,60	76,70	73,70
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	42,10	34,50	41,90	35,70

<sup>1</sup> Die EZB steuert die Wirtschaft über den Einlagezins, nicht den Leitzins.

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte, sofern nicht anders angegeben.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

schwache Erholung nach der Pandemie und die Schuldenprobleme, insbesondere im Immobiliensektor, den Preisdruck.

Die in den meisten Volkswirtschaften immer noch hohen Zinsen setzen der Finanzpolitik Grenzen. Sie wird im Prognosezeitraum insbesondere im Euroraum wohl leicht restriktiv bleiben. Die Staatshaushalte stehen wegen der nur allmählich sinkenden Zinsen weiterhin unter Spar- druck, was die Ausgaben für mittelfristige Investitionsprogramme begrenzen dürfte. Bestehende Programme wie das NextGenerationEU-Programm dürften aber immer noch positiv auf die Investitionen in den Mitgliedstaaten wirken. Mehr Spielräume für wachstumsfördernde Investitionen

dürften zudem die neuen europäischen Defizitregeln schaffen.<sup>2</sup> In Polen ermöglichte ein Regierungswechsel, dass bislang blockierte Mittel aus EU-Fonds im Frühjahr 2024 ausgezahlt werden konnten; diese Mittel werden den fiskalischen Spielraum des Landes erweitern. Im Vereinigten Königreich dürfte die Labour-Regierung neue Impulse in ihrem Herbstbudget setzen. Sie wird jedoch einen sehr engen fiskalischen Spielraum haben und um Steuererhöhungen wohl nicht herumkommen. Die Regierung hat auch schon erste Kostensenkungsmaßnahmen verkündet. In den Vereinigten Staaten sind fiskalpolitisch keine neuen wesentlichen

<sup>2</sup> Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 23. April 2024: New EU fiscal rules approved by MEPs (online verfügbar).



Tabelle 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft**  
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2023	2024	2025	2026
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026				
<b>Europa</b>												
Europäische Union	0,5	1,1	1,7	1,9	6,4	2,8	2,5	2,2	6,0	6,2	6,0	5,9
Euroraum	0,5	0,8	1,3	1,4	5,4	2,5	2,1	2,0	6,6	6,5	6,4	6,2
ohne Deutschland	1,3	1,4	1,4	1,6	5,0	2,4	2,1	1,9	8,3	8,0	7,8	7,7
Frankreich	1,1	1,2	1,3	1,5	5,7	2,4	1,9	1,8	7,4	7,5	7,4	7,3
Italien	1,0	0,9	1,0	1,0	5,9	1,3	2,0	2,0	7,7	7,0	6,9	6,9
Spanien	2,5	2,7	1,8	2,1	3,4	3,1	2,4	1,9	12,2	11,6	11,1	10,8
Niederlande	0,1	0,8	2,0	1,8	4,1	3,3	2,5	2,0	3,6	3,6	3,6	3,6
Vereinigtes Königreich	0,1	1,1	1,4	1,2	7,3	2,5	2,2	2,1	4,0	4,4	4,6	4,3
Schweiz	0,7	1,5	1,7	1,8	2,1	1,7	1,5	1,3	4,1	4,2	4,3	4,1
Mittel- und Südosteuropa (MOE)	0,5	2,3	3,1	3,4	11,6	4,1	3,6	3,0	3,6	3,7	3,5	3,4
Türkei	4,5	3,6	3,4	3,4	54,0	59,6	41,2	38,0	9,4	8,9	9,4	8,5
Russland <sup>1</sup>	3,2	3,5	1,8	1,4	5,9	7,7	5,0	4,1	3,2	2,7	2,7	2,7
<b>Amerika</b>												
USA	2,5	2,5	1,1	1,8	4,1	2,9	2,0	1,9	3,6	4,2	4,5	4,1
Mexiko	3,2	1,4	2,3	2,4	5,5	4,4	3,0	3,0	2,8	2,7	2,6	2,6
Brasilien	2,9	2,0	2,2	2,4	4,6	4,2	3,1	3,0	8,0	7,8	7,6	7,5
<b>Asien</b>												
Japan	1,7	0,3	1,0	0,9	3,3	2,4	1,8	1,6	2,6	2,6	2,4	2,3
Südkorea	1,4	2,4	2,2	2,2	3,6	2,4	1,9	1,9	2,7	2,9	3,0	3,0
China	5,2	4,8	4,6	4,5	-1,7	0,6	1,6	1,8	5,2	5,0	5,1	4,9
Indien	7,8	6,9	6,4	6,5	5,7	4,1	4,2	3,9	8,1	7,8	7,5	7,3
<b>Total</b>												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,7	1,7	1,2	1,6	4,8	3,0	2,1	2,1	4,3	4,6	4,7	4,4
Schwellenländer	5,5	4,9	4,7	4,8	4,5	5,7	5,6	6,0	6,1	5,9	5,8	5,6
Welt	4,1	3,8	3,5	3,7	4,3	3,9	3,4	3,6	5,7	5,6	5,5	5,4
<b>Nachrichtlich:</b>												
Exportgewichtet <sup>2</sup>	2,9	2,8	2,4	2,7								
BIP in USD gewichtet <sup>3</sup>	3,4	3,2	2,9	3,0								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2023.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar über die Jahre 2023 bis 2026.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus dem World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Jahre 2023 bis 2026 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2022 verwendet. MOE besteht aus: Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Konjunkturprognose Herbst 2024.

Impulse zu erwarten. Im Wahljahr 2024 hat keine der Parteien einen Ansporn, die hohen Defizite einzugrenzen. Die Regierung in China hatte zusammen mit der Zentralbank im Mai ein Maßnahmenpaket vorgestellt, um den Immobiliensektor gezielt zu stützen. Jüngste Zahlen zeigen jedoch, dass nur ein Bruchteil des Fonds zur Rettung von Bauträgern ausgezahlt wurde.

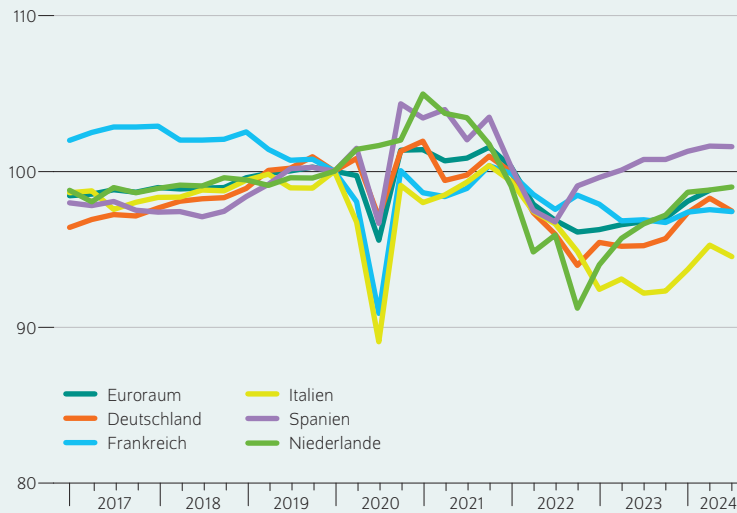
Der Welthandel erholt sich langsam; im Gesamtjahr 2024 sind jedoch noch keine kräftigen Wachstumsraten zu erwarten. Die anhaltende globale Industrieschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird wohl den Welthandel im kommenden Jahr noch belasten. Die sinkenden Zinsen dürften aber die Unternehmensinvestitionen und damit ab Mitte 2025 auch den Welthandel wieder beleben.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2025 zunächst noch verhalten und im Jahr 2026 dynamischer wachsen (Tabelle 1). Die Inflationsraten werden wohl im Winterhalbjahr 2024/2025 vielerorts die Zielkorridore der Zentralbanken erreichen; mit sinkenden Zinsen dürfte die Geldpolitik in den meisten Volkswirtschaften von einer restriktiven bis Ende 2025 auf eine neutrale Ausrichtung wechseln und so die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Unternehmensinvestitionen und die Bauwirtschaft, stützen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird sich wohl die gegenläufige Entwicklung zwischen den USA und Europa angleichen. Hatten die USA den Euroraum in den vergangenen Jahren beim Wachstum abgehängt, trübt sich die Lage dort nun wohl ein, während im Euroraum die Zeichen wieder auf Wachstum stehen.

Abbildung 2

**Reallöhne im Euroraum**

Index 1. Dezember 2019 = 100



Quellen: EZB; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Die Reallöhne sind zwar kräftig gestiegen, aber meist noch nicht auf dem Stand von vor der Pandemie.

Zur allmählichen Dämpfung der konjunkturellen Dynamik in den USA tragen vor allem der nachlassende private Konsum und der Arbeitsmarkt bei. Allerdings dürfte letzterer robuster sein, als die seit dem Frühjahr erhöhte Arbeitslosenquote vermuten lässt; diese ist wohl aufgrund des Einwanderungsbooms überzeichnet. Auch wenn einige Indikatoren sogar auf ein erhöhtes Rezessionsrisiko in den USA hindeuten, scheint eher eine allmähliche Verlangsamung der Expansionsdynamik wahrscheinlich, zumal die US-Notenbank genügend Spielraum für Zinssenkungen hat.

Im Euroraum dürfte hingegen dank niedrigerer Inflation und höherer Nominallöhne die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter zunehmen, auch wenn die Reallöhne im Euroraum noch einen Prozentpunkt unter Vorpandemieniveau und noch weiter unter Vorenergiekrisenniveau liegen (Abbildung 2). Die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt stützt die Konjunktur wohl weiterhin, obwohl sie sich jüngst leicht verschlechtert hat. In Japan dürfte das BIP vor dem Hintergrund einer sich erholenden Binnennachfrage und anziehender Exporte im kommenden Jahr über dem Potenzialwachstum liegen.

Auch in den meisten Schwellenländern bleiben die Aussichten im Prognosezeitraum günstig. Eine dynamischere Binnennachfrage und schrittweise sinkende Zinsen werden in Ländern wie Mexiko und Brasilien wohl die Investitionen fördern. In China dürfte das BIP zwar weiterhin kräftig wachsen, aber hinter den vor der Pandemie üblichen Raten zurückbleiben. Das bisherige investitionsgetriebene

Wachstumsmodell kommt wohl an seine Grenzen und kann bisher nicht vom privaten Konsum ersetzt werden.

Im Jahresdurchschnitt 2024 wird das Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl nur um 1,7 Prozent steigen. In den Schwellenländern dürfte die Wirtschaftsleistung um solide 4,9 Prozent zulegen. Insgesamt wird für die Weltwirtschaft 2024 eine Wachstumsrate von 3,8 Prozent erwartet, 0,1 Prozentpunkt mehr als noch im Sommer prognostiziert. Im kommenden Jahr dürfte das globale Wachstum mit 3,5 Prozent angesichts der Abkühlung in den USA etwas schwächer ausfallen, bevor es sich im Jahr 2026 mit 3,7 Prozent wohl wieder dynamischer entwickelt. Die Prognose für 2025 fällt somit um 0,1 Prozentpunkt schwächer aus als noch im Sommer.

Mehrere Unsicherheitsfaktoren beeinflussen diese Prognose. So könnten die Inflationsraten, insbesondere in den USA und im Euroraum, langsamer zurückgehen als angenommen, was eine längere Phase restriktiver Geldpolitik und damit eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums zur Folge hätte. Ein schnellerer Rückgang der Inflation könnte hingegen den Konsum stärker stützen und zu rascheren Zinssenkungen führen. Die geopolitischen Risiken bleiben hoch: Der Krieg im Nahen Osten könnte sich weiter ausweiten, was vermutlich zu höheren Preisen für Erdöl und Erdgas führen würde. Ein weiteres Risiko besteht im Krieg in der Ukraine, dessen Entwicklung schwer einzuschätzen ist. Eine Wiederwahl Trumps könnte zu großen Unsicherheiten hinsichtlich der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA führen. Auch der Handelskonflikt zwischen China und dem Westen könnte weiter eskalieren und sich negativ auf den Welthandel auswirken. Generell ist das Risiko einer politischen Polarisierung vielerorts hoch; Parteien mit extremistischem Gedankengut finden weltweit immer mehr Zuwachs. Langfristig gesehen birgt dieser Populismus erhebliche Risiken für die Wachstums- und Wohlstandsaussichten, insbesondere wenn er grundlegende wirtschaftliche Prinzipien ignoriert oder untergräbt.

## Deutsche Wirtschaft: Konjunkturtief hält an

Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft hält weiter an. Nach einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu Jahresbeginn um 0,2 Prozent hat sich die positive Entwicklung nicht weiter fortgesetzt; die Wirtschaftsleistung ging im zweiten Quartal wieder etwas zurück (um 0,1 Prozent, Abbildung 3).<sup>3</sup> Die erhoffte Erholung blieb aus, da zum einen der Konsum der privaten Haushalte deutlich geringer ausfiel, als es die positive Entwicklung der verfügbaren Einkommen seit der Energiekrise erwarten ließ. Zum anderen brachen die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten ein und die Exporte waren ebenfalls rückläufig, was wohl vor allem auf eine nach wie vor geringe Nachfrage nach Industriegütern aus dem In- und Ausland zurückzuführen ist.

Der private Konsum ging im zweiten Quartal etwas zurück: Die privaten Haushalte scheinen nicht nur wegen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verunsichert zu sein. Sie sind wohl auch angesichts des geringen, aber stetigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit besorgt. Dies dürfte dazu geführt haben, dass die Verbraucher\*innen trotz weiterhin kräftig gestiegener Reallöhne im zweiten Quartal weniger konsumiert haben als noch zu Jahresbeginn. Passend dazu haben die privaten Haushalte etwas mehr von ihrem Einkommen auf die hohe Kante gelegt: Die Sparquote ist mit aktuell 10,8 Prozent etwas höher als im Vorjahr.<sup>4</sup> Die getrübbte Kauflaune dürfte auch auf das hohe Preisniveau zurückzuführen sein. Zwar hat sich die Inflation zuletzt weiter merklich stabilisiert und liegt seit Beginn des Jahres beständig unter drei Prozent, die Kerninflation und besonders die Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich sind jedoch weiter deutlich erhöht und dürften den Konsum gebremst haben. Wie im Frühsommer angenommen, konnte die Fußball-Europameisterschaft der Männer den privaten Verbrauch in Deutschland nicht merklich anschieben.

Auch aus dem Außenhandel kamen im zweiten Quartal keine Wachstumsimpulse. Hatten kräftige Ausfuhren von Vorleistungsgütern, beispielsweise chemische Erzeugnisse und Kunststoffwaren, zum Jahresauftakt noch eine Erholung der globalen Industriekonjunktur<sup>5</sup> und somit der deutschen Exportwirtschaft angedeutet, gingen die Exporte eben dieser Waren im vergangenen Quartal wieder merklich zurück. Die Dienstleistungsexporte wurden zwar vom Reiseverkehr angeschoben, sie konnten den Rückgang der Gesamtexporte allerdings nicht verhindern. Die Dienstleistungsimpporte legten ebenfalls kräftig zu, während die Wareneinfuhren leicht zurückgingen. Insgesamt stagnierten die Einfuhren, sodass der Außenbeitrag im zweiten Quartal leicht negativ ausfiel.

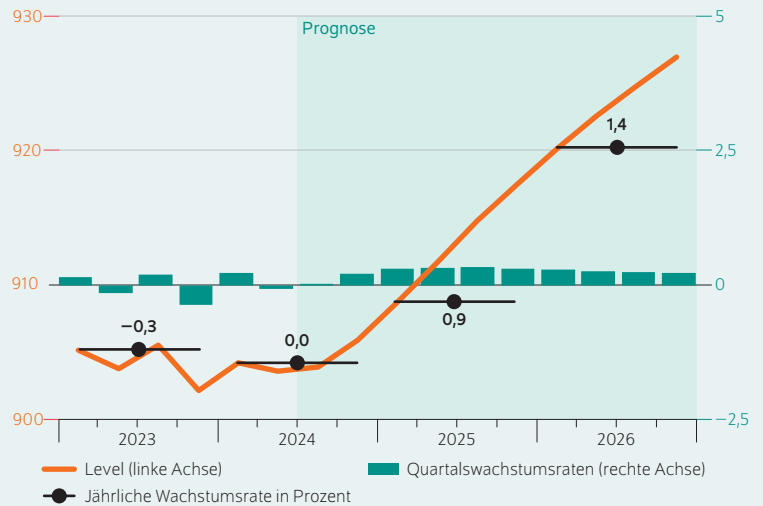
<sup>3</sup> Ausführliches Zahlenmaterial zur Prognose der deutschen Wirtschaft ist im Online-Anhang unter [www.diw.de/konjunkturzahlen](http://www.diw.de/konjunkturzahlen) zu finden.

<sup>4</sup> Die Generalrevision der VGR-Daten hatte zur Folge, dass die Sparquote für Deutschland deutlich nach unten revidiert wurde. Bis zuletzt zeigten die Daten ein deutlich höheres Niveau der Sparquote als vor der Corona-Pandemie.

<sup>5</sup> Siehe dazu auch die Ausführungen zur Weltwirtschaft in diesem Wochenbericht.

Abbildung 3

### Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2024, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Die deutsche Wirtschaft wird erst ab dem Jahresende 2024 wieder etwas wachsen.

Noch deutlicher war der Rückgang der Investitionen. Insbesondere die privaten Ausrüstungsinvestitionen brachen regelrecht ein und lagen im zweiten Quartal auf dem niedrigsten Niveau seit den Produktionseinschränkungen während der Corona-Pandemie. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen wirkten dagegen stützend. Bei den Bauinvestitionen setzte sich der Abwärtstrend der vergangenen Jahre ebenfalls fort; diese gingen deutlich zurück, vor allem im Wohnungs- und im öffentlichen Bau.

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal zeigt, dass die Schere zwischen Dienstleistungen und Verarbeitendem Gewerbe größer wird. Insgesamt ging die Bruttowertschöpfung um 0,1 Prozent und daher mit der gleichen Rate wie das BIP zurück: Während die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe leicht sank, ist sie im Baugewerbe eingebrochen. Damit minderte das Produzierende Gewerbe insgesamt die Bruttowertschöpfung um 0,3 Prozent. Die Dienstleistungen konnten zwar leicht zulegen und stützten die Bruttowertschöpfung um 0,1 Prozent. Allerdings war auch hier das Bild gemischt. So sank die Wertschöpfung in den konsumnahen Bereichen, die unternehmensnahen Dienstleistungen konnten ihre Produktion hingegen ausweiten. Diese Wertschöpfungsentwicklung der Wirtschaftszweige spiegelt sich auch in den jüngsten Arbeitsmarktzahlen wider: Die Beschäftigung ist zwar insgesamt weiter gestiegen – wenn auch etwas schwächer als noch zu Jahresbeginn. Der Beschäftigungsaufbau fand aber im Dienstleistungssektor statt; im schwächelnden Verarbeitenden Gewerbe sowie beim

Tabelle 2

**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland**

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2023				2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-0,4	0,8	0,0	0,0	0,3	-0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	-0,2	1,2	0,7	-0,1	1,0	0,8	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	-0,2	-0,3	-1,4	0,1	-2,2	-0,3	0,1	0,5	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Bauten	1,3	-0,7	-1,3	-1,9	0,8	-2,0	-0,5	-0,3	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6	0,4	0,3	0,3
Ausrüstungen	-1,0	-0,2	0,5	-2,1	-1,6	-4,1	-0,2	0,8	0,5	0,5	0,6	0,8	1,1	1,2	1,3	1,3
Sonstige Investitionen	1,7	1,0	0,9	1,4	1,4	0,6	0,3	0,4	0,9	1,1	1,1	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6
Lagerveränderung <sup>1</sup>	-0,3	-0,1	-0,2	-0,7	-0,1	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,3	0,2	-0,1	-0,9	0,0	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag	0,5	-0,4	0,3	0,5	0,2	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	0,2	-0,4	-0,7	-0,9	1,3	-0,2	-0,1	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Import	-1,0	0,5	-1,4	-2,0	0,8	0,0	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	0,1	-0,2	0,2	-0,4	0,2	-0,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
<b>Bruttowertschöpfung</b>	0,5	-0,2	0,0	0,6	0,0	-0,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	-0,1	-1,0	0,0	-1,0	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	5,9	-0,6	-1,1	-1,9	1,9	-3,2	-0,7	-0,2	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,4	0,3	0,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,1	-0,2	0,6	0,9	0,3	-0,6	0,1	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,5	0,2	1,2	-0,3	0,9	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,4	0,1	0,7	0,2	0,5	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Bau gingen die Beschäftigtenzahlen dagegen zurück. Insgesamt blieb der Arbeitsmarkt jedoch bis zuletzt stabil, auch wenn die Arbeitslosenzahlen weiter leicht zunehmen.

**Deutsche Wirtschaft tritt auch im dritten Quartal auf der Stelle**

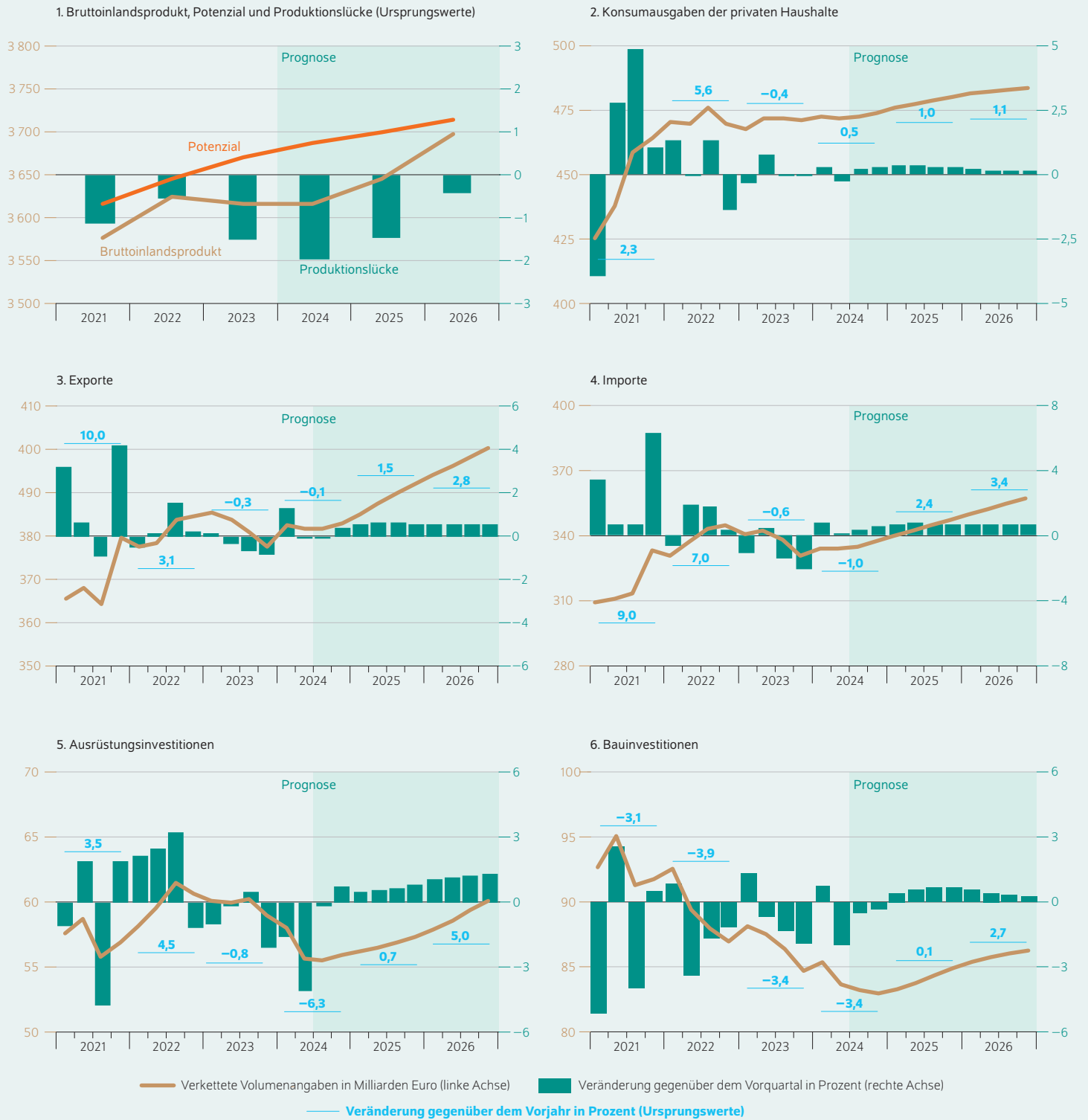
Die Erholung der deutschen Wirtschaft lässt auch im laufenden dritten Quartal auf sich warten. Das BIP wird wohl erneut nicht zulegen (Tabelle 2). Zwar dürfte der private Verbrauch steigen, allerdings weniger kräftig, als es sich noch im Frühjahr angedeutet hatte (Abbildung 4). So zeigen Indikatoren für das Konsumklima, die in der ersten Jahreshälfte beständig gestiegen waren, zuletzt eine leichte Eintrübung an. Vor allem die zunehmende Verunsicherung über die wirtschaftliche Entwicklung und die gestiegene Sorge um einen Arbeitsplatzverlust angesichts steigender Insolvenzzahlen dürften die Kaufkraft der Haushalte weiter dämpfen. Gleichzeitig haben die kräftigen Reallohnzuwächse seit Mitte 2023 die Verluste während der Energiekrise nun aber weitgehend kompensiert; sie dürften den Konsum in der zweiten Jahreshälfte stützen. Die Haushalte mit geringen Einkommen haben zuletzt wohl weiter starke Einkommenszuwächse verzeichnet, wovon der private Konsum wegen deren hoher Konsumneigung profitieren dürfte. Die Zuwächse für höhere Einkommensgruppen fielen hingegen etwas geringer aus als zuvor, sodass die Arbeitseinkommensungleichheit

im laufenden Jahr wohl unverändert bleibt (Abbildung 5). Dazu kommt der nahezu kontinuierliche Rückgang der Verbraucherpreisinflation, die im August – insbesondere dank sinkender Energiepreise – erstmals seit März 2021 unter die Zwei-Prozent-Marke fiel und sich damit im Jahresdurchschnitt weiter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) annähert. Darauf deuten auch die vorlaufenden Preisindikatoren, beispielsweise Import- und Großhandelspreise, hin. Diese steigen zwar teilweise wieder, die Raten liegen aber weiterhin deutlich unter zwei Prozent. Die stabile Preisentwicklung dürfte das Konsumentenvertrauen wieder stärken und den privaten Verbrauch anregen. Auch der bislang vorrangig im Dienstleistungssektor robuste Beschäftigungsaufbau wird den privaten Verbrauch wohl stützen. Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung dürfte die konjunkturnahe Arbeitslosigkeit derweil jedoch weiter leicht ansteigen (Tabelle 3).

Die Investitionen werden im laufenden Quartal wohl noch einmal negativ zur Wirtschaftsleistung beitragen. Die Ausrüstungsinvestitionen leiden weiterhin unter der schwachen Industrieproduktion und der mangelnden Nachfrage; der Auftragsbestand schmilzt zunehmend ab, die Neuaufträge schwächeln. Beim Bau bleiben das trotz der eingeleiteten Zinswende weiterhin hohe Zinsniveau sowie die hohen und weiter steigenden Baupreise die zentralen Hemmnisse und dürften auch in der zweiten Jahreshälfte vor allem den

Abbildung 4

**Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten**  
Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf

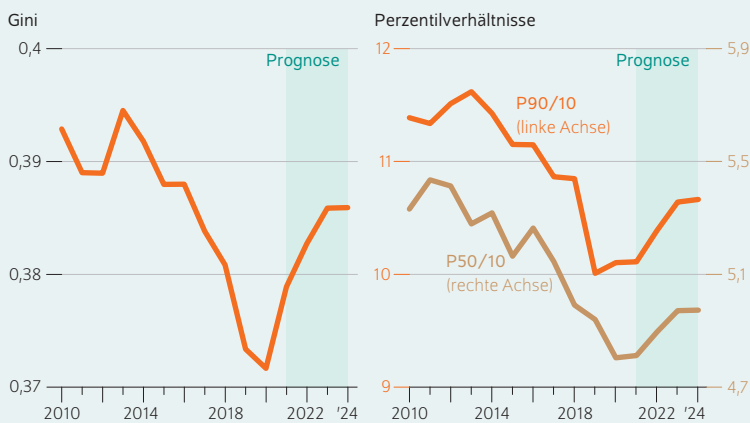


Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2024, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

Abbildung 5

**Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse**  
 Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Anmerkung: Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, mit dem die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostiziert werden kann (sogenannter Nowcast). Dabei werden jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher Indikatoren und solchen für den Arbeitsmarkt sowie den aktuellen Ergebnissen der DIW-Konjunkturprognose in einem makroökonomischen Modell kombiniert, um die durchschnittlichen Arbeitseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fortzuschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Der Anstieg der Ungleichheit bei den Arbeitseinkommen schwächt sich in diesem Jahr voraussichtlich deutlich ab.

Tabelle 3

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	-0,3	0,0	0,9	1,4
Erwerbstätige <sup>2</sup> (1 000 Personen)	46 011	46 181	46 209	46 123
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 609	2 776	2 737	2 548
Arbeitslosenquote BA <sup>3</sup> (in Prozent)	5,7	6,0	5,9	5,5
Verbraucherpreise <sup>4</sup>	5,9	2,2	2,0	2,0
Lohnstückkosten <sup>4,5</sup>	6,7	5,0	2,4	1,2
Finanzierungssaldo des Staates <sup>6</sup>				
in Milliarden Euro	-107,5	-110,4	-102,6	-79,8
in Prozent des nominalen BIP	-2,6	-2,6	-2,3	-1,7
Leistungsbilanzsaldo				
in Milliarden Euro	257,7	288,9	296,7	304,6
in Prozent des nominalen BIP	6,2	6,7	6,7	6,6

- 1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.
- 2 Inlandskonzept.
- 3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).
- 4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
- 5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
- 6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Wohnungsbau ausbremsen. Zwar nahmen die Neukreditvolumina für Wohnbaukredite zuletzt wieder etwas zu, dies schlägt sich jedoch noch nicht in den Genehmigungs- und Auftragszahlen nieder. Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im Hochbau sank zuletzt auf den niedrigsten Stand seit 2010. Dagegen dürfte der Tiefbau die Bauinvestitionen weiter stabilisieren.

Die Nachfrage nach deutschen Vorleistungs- und Kapitalgütern aus dem Ausland dürfte auch im laufenden Quartal noch schwächeln. Die ifo-Expporterwartungen sind im August bereits zum dritten Mal in Folge gesunken. Somit ist für das dritte Quartal mit einem erneuten Rückgang der Warenexporte zu rechnen. Die Dienstleistungsausfuhren, die nur einen Anteil von gut 20 Prozent am deutschen Außenhandel ausmachen, dürften mit der steigenden Bedeutung der in- sowie ausländischen Dienstleistungssektoren dagegen weiter ausgeweitet werden. Besonders der IT-Bereich und der Reiseverkehr tragen diese Entwicklung. Für einen Zuwachs der Exporte insgesamt dürfte dies jedoch nicht ausreichen. Angesichts der schwachen Ausfuhren und der lahmenden Industrieproduktion werden sich auch die Einfuhren wohl weiter verhalten entwickeln, wobei im aktuellen welt- und binnenwirtschaftlichen Umfeld ebenfalls eine Dynamik sinkender Waren- und zunehmender Dienstleistungsimporte erwartet wird. So ergibt sich für das dritte Quartal ein negativer Außenbeitrag.

Die zweigeteilte Entwicklung zwischen Industrie und Dienstleistungen dürfte sich auch entstehungsseitig im dritten Quartal fortsetzen. Zwar hat sich die Stimmung gemäß Einkaufsmanagerindizes für Deutschland in beiden Bereichen zuletzt etwas eingetrübt, in den Dienstleistungssektoren bleibt sie jedoch robuster und, gestützt von einer steigenden Nachfrage, oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten. In der Industrie liegt der Index dagegen fortwährend unter der Expansionsschwelle. Auch das Geschäftsklima der Industrieunternehmen ging laut ifo-Konjunkturumfrage im August bereits zum dritten Mal in Folge zurück, wobei die Befragten sowohl die aktuelle Lage als auch die zukünftigen Geschäfte kritischer bewerten. Der Auftragsmangel wird zunehmend zum Problem und hemmt die Produktion wohl auch im laufenden Quartal.

**Langsame Erholung im weiteren Verlauf**

Im weiteren Prognoseverlauf dürfte sich die deutsche Wirtschaft erholen, allerdings verhaltener, als es die Indikatoren noch im Sommer anzeigten. Binnenwirtschaftlich dürfte zunächst vor allem die positive Reallohnentwicklung wirksam werden, die wohl von niedrigen Inflationsraten gestützt wird und sich im Prognosezeitraum fortsetzen dürfte. Zwar hat sich die Verhandlungsposition der Beschäftigten etwas abgeschwächt, da der Arbeitsknappheitsindex am aktuellen Rand etwas zurückgegangen ist; dennoch werden die zum Jahresende anstehenden Tarifverhandlungen, unter anderem im öffentlichen Dienst sowie der Metall- und Elektroindustrie, voraussichtlich weitere kräftige Nominallohnzuwächse nach sich ziehen. Die Arbeitslosenzahlen dürften zu

Kasten 2

**Impulse der finanzpolitischen Maßnahmen auf privaten Konsum und Bruttoinlandsprodukt**

Die finanzpolitischen Maßnahmen werden im laufenden und im kommenden Jahr in Summe restriktiv sein und um voraussichtlich 0,7 und 0,4 Prozent des BIP gegenüber dem Vorjahr schrumpfen. Im Jahr 2026 wird die Fiskalpolitik dann neutral ausgerichtet sein. Im Einklang mit den finanzpolitischen Annahmen sind die Maßnahmen der „Wachstumsinitiative der Bundesregierung“ im Folgenden größtenteils nicht berücksichtigt.

Der Großteil der fiskalischen Maßnahmen betrifft private Haushalte. Um die Impulse für den privaten Konsum und das BIP unter Berücksichtigung ihrer Verteilungswirkungen abzuschätzen, kommt ein DSGE-Modell mit zwei verschiedenen Haushaltstypen zum Einsatz (TANK-Modell). Dazu wird zunächst unterschieden, in welchem Umfang die Maßnahmen die einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte betreffen und wie die übrigen Haushalte profitieren oder belastet werden.

Die einkommensschwächsten 40 Prozent beziehen ungefähr 20 Prozent des verfügbaren Einkommens und haben eine Sparquote von null, weshalb sie als liquiditätsbeschränkte (LC) Haushalte bezeichnet werden. Zusätzlich zu den privaten Haushalten gibt es noch die Maßnahmen, die auf Unternehmen oder den Staat wirken. Gemäß ihrer Wirkung auf die beiden Haushaltstypen und die weiteren Agierenden werden die finanzpolitischen Maßnahmen in sechs Kategorien eingeteilt:

1. Maßnahmen, die nur LC-Haushalte betreffen
2. Maßnahmen, die alle Haushalte pro Kopf betreffen
3. Maßnahmen, die alle Haushalte proportional zu ihrem Einkommen betreffen
4. Maßnahmen, die nur die einkommensstarken Haushalte betreffen
5. Maßnahmen, die Unternehmen betreffen (unterschieden in Wirkung auf Gewinne und Subventionen)
6. Maßnahmen, die den Staat betreffen

Aufgrund des unterschiedlichen Konsumverhaltens der beiden Haushaltstypen wird der Konsumeffekt insbesondere für einkommensschwache Haushalte am höchsten sein und über die weiteren drei Kategorien abnehmen. Zu den Maßnahmen, die vornehmlich die einkommensschwachen Haushalte entlasten, zählen die Bürgergeldreform und die Wohngeldreform im laufenden Jahr sowie die Kindergrundsicherung im kommenden Jahr. Zudem dürfte die Änderung der Grundrente ab diesem Jahr einkommensschwache Haushalte stützen. Einkommensstarke Haushalte dürften vor allem im Jahr 2024, aber auch noch in den kommenden beiden Jahren von dem Inflationsausgleichsgesetz und

insbesondere von den entsprechenden Einkommensteuertarifanpassungen profitieren.

Zu den Maßnahmen, die beide Haushaltstypen pro Kopf belasten, gehört vor allem die auslaufende Abgabefreiheit der Inflationsausgleichsprämie, aber auch die auslaufenden Strom- und Gaspreisbremsen. Zusätzliche Belastungen proportional zu den Einkommen der privaten Haushalte ergeben sich aus Erhöhungen der Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung. Haushalte mit höheren Einkommen werden durch das Auslaufen der Kaufprämie für Elektroautos und des vierten Corona-Steuerhilfegesetzes, aber auch durch Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende belastet. Für Unternehmen fallen im laufenden und im kommenden Jahr vor allem Umsatzsteuersenkungen verschiedener Art und die Gas- und Strompreisbremsen weg.

Insgesamt werden die finanzpolitischen Maßnahmen das Einkommen der privaten Haushalte in Relation zum BIP um 0,04 Prozent im Jahr 2024 sowie in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 0,01 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2022 mindern (Tabelle). Die Maßnahmen dämpfen den privaten Konsum im laufenden Jahr um 0,3 und in den beiden kommenden Jahren um jeweils 0,4 Prozent, was vor allem auf den Konsumrückgang bei den einkommensschwachen Haushalten zurückzuführen ist. Die Investitionen werden in diesem Jahr um 0,4 und im nächsten beziehungsweise übernächsten Jahr um 0,5 und 0,6 Prozent gemindert, da insbesondere Unternehmen ihre Investitionstätigkeit reduzieren. Insgesamt belasten die restriktiven finanzpolitischen Impulse das BIP in den Jahren 2025 und 2026 um 0,06 und 0,05 Prozent.

Tabelle

**Impulse der finanzpolitischen Maßnahmen  
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts**

	2024	2025	2026
Einkommensschwache Haushalte	0,03	0,08	0,08
Einkommensstarke Haushalte	0,32	0,48	0,60
Pro Kopf	-0,22	-0,45	-0,45
Proportional	-0,65	-0,82	-0,95
Unternehmen	-0,41	-0,59	-0,60
Staat	0,18	0,08	0,14
Insgesamt	-0,75	-1,22	-1,18

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Beginn des Jahres 2025 ihren Höchststand erreichen und im Zuge der wirtschaftlichen Erholung sowie voranschreitender Integration, insbesondere ukrainischer Geflüchteter, wieder zurückgehen. Diese Entwicklungen begünstigen den privaten Konsum, der die Wirtschaftsleistung zum Jahreswechsel stützen dürfte. Der Staatskonsum wird wohl durchgehend

positiv zum BIP beitragen. Ausgaben für eine moderate Erhöhung der Beschäftigung im öffentlichen Bereich dürften dabei im laufenden und kommenden Jahr stützen, während soziale Sachleistungen insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege wohl im gesamten Prognoseverlauf ausgeweitet werden.

## Kasten 3

**Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen**

Expansiven finanzpolitischen Maßnahmen, die im Rahmen der Energiekrise aufgesetzt worden waren und nun auslaufen, folgen wesentlich weniger umfangreiche neue Programme. Damit ergibt sich im laufenden Jahr ein beträchtlicher negativer fiskalischer Impuls (Tabelle).

Am deutlichsten schlägt hier das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremsen sowie das Ende von Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Energiekrise zu Buche. Dem stehen auf der Ausgabenseite Mehrausgaben des Klima- und Transformationsfonds (Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich, Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur sowie Abschaffung der EEG-Umlage für die Verbraucher\*innen) sowie Ausgaben des Sondervermögens für die Bundeswehr und Unterstützungsleistungen für die Ukraine entgegen. Diese sind für sich genommen gewichtig, fallen quantitativ aber geringer aus als die Ausgabenkürzungen.

Auf der Einnahmenseite des Staates führen die Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises und der Lkw-Maut sowie die Erhöhung der Luftverkehrsteuer zu höheren Einkünften der Gebietskörperschaften. Auch von der Einnahmenseite der Sozialversicherungen gehen restriktive Impulse aus. So wirkt die Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 im laufenden Jahr noch nach. Zudem wird angenommen, dass die gesetzlichen Krankenkassen ihren Zusatzbeitrag im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt nochmals leicht anheben werden. Da annahm gemäß ein geringerer Teil der Lohnanstiege im laufenden Jahr auf die abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie entfällt als noch im vorigen Jahr, ergibt sich dadurch ebenfalls ein restriktiver Impuls auf die Arbeitseinkommen der Haushalte. Insgesamt dürfte die Finanzpolitik mit einem Impuls von 0,7 Prozent in Relation zum BIP im laufenden Jahr somit bremsend auf das wirtschaftliche Geschehen wirken.

Auch im kommenden Jahr sind die finanzpolitischen Maßnahmen in Summe restriktiv, da auf der Einnahmenseite Steuer- und Abgabenerhöhungen überwiegen und auf der Ausgabenseite

Kürzungen stärker zu Buche schlagen als Ausgabenausweitungen. Insgesamt dürfte sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2025 gemessen an der Wirtschaftsleistung auf 0,4 Prozent belaufen.

So führen das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie und eine weitere Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises wie auch etwaige Erhöhungen der Beitragssätze der Sozialversicherung einnahmeseitig zu höheren Mehreinkünften, als Anpassungen des Einkommensteuertarifs im Rahmen des Ausgleichs der kalten Progression und Steuervergünstigungen des Wachstumschancengesetzes die Staatseinnahmen mindern. Ausgabeseitig dürften die Einführung der Kindergrundsicherung, eine weitere Erhöhung des Kindergeldes, die Maßnahmen des Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetzes und weitere Mehrausgaben für Verteidigung für stimulierende Impulse sorgen. Hingegen führen Kürzungen von Unterstützungsleistungen an die Ukraine sowie beim Klima- und Transformationsfonds (KTF) dazu, dass die Ausgaben insgesamt im Vergleich zum laufenden Jahr weniger hoch sind und somit ein restriktiver fiskalischer Impuls von ihnen ausgeht.

Im Jahr 2026 halten sich die finanzpolitischen Maßnahmen die Waage, sodass der Effekt in Relation zum BIP bei null liegen dürfte. Auf der Einnahmenseite führen vor allem Anpassungen im Einkommensteuertarif, wie der erneute Ausgleich der kalten Progression, zu Mindereinnahmen des Staates, die im Gegenzug die Einkommen der privaten Haushalte steigern und somit expansiv wirken. Ebenso trägt die Reform der Sammelabschreibungen und die Verlängerung der degressiven Abschreibungen für Anlagen (AfA) zum expansiven Charakter der Einnahmenseite bei. Auf der anderen Seite dürften Sozialversicherungsbeiträge weiter angehoben werden und Erlöse des Brennstoffemissionshandels die Einnahmen des gesamtstaatlichen Haushalts weiter stützen. Auf der Ausgabenseite schlagen insbesondere Investitionen im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr zu Buche – gedämpft wird dieser Stimulus allerdings durch weitere Konsolidierungsmaßnahmen im KTF.

Der deutsche Außenhandel dürfte erst im kommenden Jahr wieder merklich zulegen. Gestützt von weltweit sinkenden Zinsen und einer allmählich anziehenden Investitionstätigkeit im Ausland wird die Nachfrage nach deutschen Industriegütern wohl wieder stärker zunehmen. Allerdings dürften die deutschen Warenexporte auch aufgrund der starken Konkurrenz aus China nicht so dynamisch ausgeweitet werden wie in der Vergangenheit. In der Folge dürfte der Dienstleistungsanteil an den Gesamtausfuhren über den Prognosehorizont weiter steigen. Von der Erholung des Exportgeschäfts und einer Verbesserung der deutschen Industrieproduktion werden wohl auch die Wareneinfuhren profitieren und anziehen. Weil die deutschen Exporte von Industrie- und Kapitalgütern eher schwächer ausfallen

dürften, werden die Warenimporte die -exporte relativ gesehen wohl übersteigen. Insgesamt ergibt sich für die kommenden Jahre jeweils ein leicht negativer Außenbeitrag für die deutsche Wirtschaftsleistung (Tabelle 4).

Eine anziehende Auslandsnachfrage dürfte ab der zweiten Jahreshälfte des kommenden Jahres auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen wieder etwas anschieben. Die Unternehmen werden dann wohl wieder vermehrt in ihre Produktionskapazitäten investieren, um die Nachfrage zu bedienen. Dabei ist im Prognoseverlauf jedoch nicht mit deutlichen Nachholeffekten zu rechnen, da die Industrie sich erst langsam wieder beleben dürfte. Gestützt werden die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin durch die öffentliche



Tabelle

**Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts**  
In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2024	2025	2026
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>			
Jahressteuergesetz 2022	0,2	1,0	-1,1
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommensteuertarif)	-14,6	-2,8	-1,0
Fortführung Ausgleich kalte Progression	0,0	-5,4	-2,8
Anhebung Freigrenze SolZ	0,0	-0,4	-0,3
Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämie	2,5	5,1	0,0
Wegfall der Begünstigung von Agrardiesel	0,0	0,2	0,1
Erhöhung Luftverkehrssteuer	0,4	0,2	0,0
Absenkung der Stromsteuer	-3,3	0,0	3,3
Umsatzsteuersenkung auf Gas	4,5	1,0	0,0
Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	2,9	0,5	0,0
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	4,3	2,9	2,1
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer	1,7	0,0	0,0
Degressive AfA (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	1,8	0,0
Viertes Corona-Steuerhilfegesetz (Verlängerung degressive AfA, Home-Office-Pauschale etc.)	-1,2	2,1	3,1
Reform Sammelabschreibungen, Verlängerung degressive AfA	0,0	-0,3	-4,0
Anhebung LKW-Maut	7,5	0,0	0,0
Wachstumschancengesetz	-0,7	-0,9	0,7
Anhebung der Tabaksteuer	0,0	0,9	0,8
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,6	-0,3	-0,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen	0,3	0,0	-0,2
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	2,6	0,0	2,0
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung	3,5	2,1	0,0
Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämie	3,5	7,1	0,0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte	29,3	1,3	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	6,0	0,0	0,0
Einmalzahlungen an Rentner*innen und Studierende	0,8	0,0	0,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	2,0	0,0	0,0
Entlastung von der EEG-Umlage	-3,9	2,1	0,0
Sonstige Ausgaben des KTF	-6,0	3,5	1,0
Einführung Bürgergeld	-0,4	0,0	0,0
Kürzungen beim Bürgergeld	0,3	0,1	0,0
Erhöhung Kindergeld	1,5	-0,7	-0,7
Kindergrundsicherung	0,0	-2,0	0,0
Wohngeldreform	-0,9	0,0	0,0
Zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	-0,7	-0,4	-0,2
49-Euro-Ticket	-0,6	0,0	0,0
Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende	0,2	0,3	0,1
Startchancenprogramm für Schulen	-0,4	-0,5	-0,3
Mehrausgaben für Verteidigung	-14,0	-2,2	-4,0
Unterstützungsleistungen Ukraine	-2,9	3,5	0,0
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	1,9	2,3	0,0
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
Anpassung der Renten Ost	-0,5	0,0	0,0
Grundrente	-0,1	-0,1	-0,2
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	1,0	-3,0	-0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>30,0</b>	<b>19,0</b>	<b>-1,8</b>
<b>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>
Nominales Bruttoinlandsprodukt	4 319,2	4 439,7	4 586,4

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen. Sonstige steuerliche Maßnahmen beinhalten das Jahressteuergesetz 2020, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, die Anhebung der Kinderfreibeträge in den Jahren 2025 und 2026 sowie die Ausweitung Forschungszulage. Nicht berücksichtigte Maßnahmen sind das Aus- und Weiterbildungsgesetz, auslaufende Corona-Maßnahmen (Unternehmenshilfen) sowie das 29. BaföG-Änderungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzberichte der Jahre 2021 bis 2024, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

Tabelle 4

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland**

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge <sup>1</sup>			
	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	-0,2	0,7	0,9	0,8
Private Haushalte	-0,2	0,2	0,5	0,6
Staat	0,0	0,5	0,4	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,6	0,2	0,7
Bauten	-0,4	-0,4	0,0	0,3
Ausrüstungen	-0,1	-0,4	0,0	0,3
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,1	-0,4	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,4	-0,4	1,1	1,5
Außenbeitrag	0,1	0,4	-0,3	-0,1
Exporte	-0,1	0,0	0,6	1,2
Importe	0,3	0,4	-0,9	-1,3
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>2</sup></b>	<b>-0,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

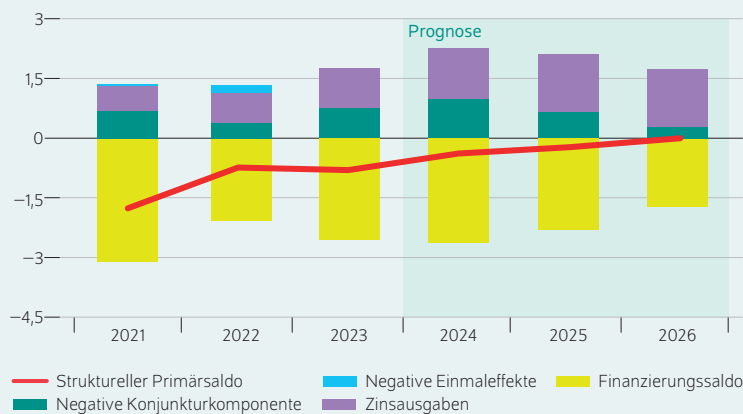
Hand – hier kommt in den kommenden Jahren insbesondere das Sondervermögen Bundeswehr zum Tragen, das zu deutlichen Ausweitungen der öffentlichen Ausgaben führen dürfte. Auch die Bauinvestitionen werden wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 2025 wieder etwas in Schwung kommen, wenn sich die Baukosten allmählich stabilisieren. Dies ist besonders für den Wohnungsbau entscheidend, der wohl erst im Jahr 2026 wieder zulegen wird. Dagegen dürften die Investitionen in Nichtwohnbauten kontinuierlicher ausgeweitet werden, wobei wohl weiterhin insbesondere der Tiefbau die positive Entwicklung bestimmen wird.

Trotz der sinkenden Zinsen bleibt die Geldpolitik zunächst restriktiv und dürfte annahmegemäß erst Mitte des kommenden Jahres in den Bereich des neutralen Zinsniveaus kommen.<sup>6</sup> Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum zunächst deutlich restriktiv ausgerichtet; erst im Jahr 2026 werden sich expansive und restriktive Maßnahmen wieder die Waage halten. Auf das BIP dürfte die Finanzpolitik in den Jahren 2025 und 2026 allerdings negativ wirken, wobei vor allem Haushalte mit geringen Einkommen belastet werden (Kasten 2). Im laufenden Jahr ist dies vor allem im Wegfall von Maßnahmen begründet, die im Rahmen der Energiekrise ins Leben gerufen wurden, sowie durch Konsolidierungsmaßnahmen wie Kürzungen beim Klima- und Transformationsfonds. Expansive Impulse aus dem Wachstumschancengesetz sowie den Anpassungen des Einkommensteuertarifs fallen dagegen geringer aus (Kasten 3). Auch im kommenden Jahr werden restriktive Maßnahmen wie der Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie sowie weitere Konsolidierungsmaßnahmen (etwa beim Agrardiesel und der Unterstützung der Ukraine) die expansiven Impulse aus dem Wachstumschancengesetz, dem Ausgleich der kalten Progression und dem Sondervermögen für die Bundeswehr übersteigen. Im Jahr 2026 dürften die restriktiven fiskalischen Maßnahmen (Erhöhung der Erlöse aus dem Emissionshandel, Anhebung der Sozialbeiträge) in etwa den expansiven finanzpolitischen Effekten beispielsweise durch weitere Einkommensteuersenkungen und der Verlängerung degressiver Abschreibungsregeln entsprechen. Von den 49 Maßnahmen aus der jüngst angekündigten „Wachstumsinitiative der Bundesregierung“ ist nur das Steuerfortentwicklungsgesetz in dieser Prognose enthalten, für das bereits ein Kabinettsbeschluss vorliegt. Da damit zu rechnen ist, dass die Maßnahmen nur allmählich in den kommenden beiden Jahren implementiert werden, dürfte der Wachstumseffekt zwar positiv, aber eher gering ausfallen.<sup>7</sup> Insgesamt werden die Fehlbeträge im gesamtstaatlichen Haushalt somit über den Prognosezeitraum wohl zurückgehen, von 2,6 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung

Abbildung 6

**Struktureller Primärsaldo**

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

© DIW Berlin 2024

Die insgesamt restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik spiegelt sich in einem steigenden Primärsaldo wider.

<sup>6</sup> Der neutrale Zins kann nicht beobachtet, sondern nur geschätzt werden. Entsprechenden Schätzungen der Europäischen Zentralbank zufolge liegt der nominale neutrale Zins zwischen 1,25 und 2,7 Prozent, wenn man einen zweiprozentigen Inflationsaufschlag auf die Schätzungen des realen natürlichen Zinses vorsieht. Vgl. Claus Brand, Noémie Lisack und Falk Mazelis (2024): Estimates of the natural interest rate for the euro area: an update. ECB Economic Bulletin Nr. 1, 66–69.

<sup>7</sup> Vgl. VFA – Die forschenden Pharmaunternehmen (2024): Impulse der Wachstumsinitiative: Welche Wirkungen dadurch möglich sind. MacroScope Pharma Nr. 8 (online verfügbar); sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024): Wachstumsinitiative der Bundesregierung. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht Nr. 8 (online verfügbar).

in diesem Jahr auf 2,3 Prozent im kommenden und 1,7 Prozent im Jahr 2026 (Abbildung 6).

Alles in allem dürfte das preisbereinigte BIP im laufenden Jahr stagnieren. In den kommenden beiden Jahren dürfte die Wirtschaftsleistung dann um 0,9 beziehungsweise 1,4 Prozent ausgeweitet werden. Damit senkt das DIW Berlin seine Prognose für das Jahr 2024 im Vergleich zum Sommer um 0,3 Prozentpunkte und für das Jahr 2025 um 0,4 Prozentpunkte. Ausschlaggebend für die Herabsetzung der Prognose sind dabei sowohl die Revision der abgerechneten Daten als auch die über den Sommer deutlich abgeschwächten Indikatoren für die Binnen- und die Weltwirtschaft.

Durch die anhaltende Investitionsschwäche und das abnehmende Erwerbsspersonenpotenzial entwickelt sich das potenzielle BIP bis Ende 2029 wohl weiter schwach. Bedingt durch die demografische Alterung dürfte vor allem das Arbeitsvolumen sinken. Angesichts der Stagnation im laufenden Jahr wird sich die Produktionslücke voraussichtlich weiter öffnen und im Jahresdurchschnitt  $-1,9$  Prozent des potenziellen BIP betragen. Mit der Erholung in den kommenden Jahren dürfte die Produktionslücke dann zum Ende der kurzen Frist auf  $-0,6$  Prozent schrumpfen und sich im Jahr 2029 schließen.

Die Verbraucherpreisinflation wird im Jahresdurchschnitt 2024 wohl bei 2,2 Prozent liegen. In den Jahren 2025 und 2026 dürfte sie sich dann beim Inflationsziel der EZB von zwei Prozent einpegeln. Damit fällt die Inflationserwartung für das laufende Jahr im Vergleich zum Sommer leicht niedriger aus, während sie für das kommende Jahr unverändert

bleibt. Die Kernrate, also die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel, dürfte in diesem Jahr angesichts anhaltend stärkerer Preisanstiege für Dienstleistungen im Durchschnitt drei Prozent betragen, über den Prognoseverlauf aber ebenfalls die Zwei-Prozent-Marke erreichen.

Zusätzlich zu den globalen Risiken, die den Ausblick für die deutsche Wirtschaft mit Unsicherheit behaften, gibt es auch inländische Risikofaktoren. Dazu zählt allen voran die politische Unsicherheit, die laut Economic-Policy-Uncertainty-Index aktuell nahe ihrem Höchststand liegt. Zwar hat sich die Bundesregierung zuletzt auf einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 einigen können, weiterhin besteht jedoch die Sorge einer gewissen Handlungsunfähigkeit der Koalitionsparteien, die in vielen Belangen unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. Dies sorgt für eine unklare Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die die Binnenwirtschaft merklicher belasten könnte als in dieser Prognose unterstellt.

Ein zusätzlicher Risikofaktor, insbesondere für die ostdeutsche Wirtschaft, besteht in den jüngsten Ergebnissen der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen und dem dortigen Erstarken populistischer Kräfte. Dies könnte den Fachkräftemangel verschärfen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts insgesamt verringern.

Auch bei der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahl könnte das Abschneiden rechts- und linkspopulistischer Parteien eine große Rolle spielen und die Unsicherheit mit Blick auf die folgende Regierungsbildung erhöhen.

**Geraldine Dany-Knedlik** ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Nina Maria Brehl** ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [nbrehl@diw.de](mailto:nbrehl@diw.de)

**Hella Engerer** ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Angelina Hackmann** ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [ahackmann@diw.de](mailto:ahackmann@diw.de)

**Pia Hüttl** ist Leiterin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [phuettl@diw.de](mailto:phuettl@diw.de)

**Konstantin Kholodilin** ist Experte für die Potenzialschätzung und Produktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [kholodilin@diw.de](mailto:kholodilin@diw.de)

**Frederik Kurcz** ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [fkurcz@diw.de](mailto:fkurcz@diw.de)

**Laura Pagenhardt** ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [lpagenhardt@diw.de](mailto:lpagenhardt@diw.de)

**Marie Rullière** ist Expertin für den Euroraum und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [mrulliere@diw.de](mailto:mrulliere@diw.de)

**Jan-Christopher Scherer** ist Leiter der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [jscherer@diw.de](mailto:jscherer@diw.de)

**Teresa Schildmann** ist Expertin für die deutsche Fiskalpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [tschildmann@diw.de](mailto:tschildmann@diw.de)

**Ruben Staffa** ist Experte für die USA, die deutsche Fiskalpolitik und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [rstaffa@diw.de](mailto:rstaffa@diw.de)

**Kristin Trautmann** ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [ktrautmann@diw.de](mailto:ktrautmann@diw.de)

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 35+36/2024:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2024

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 919,3	2 668,2	462,2	788,9	–
4	– Abschreibungen	887,1	493,8	119,2	274,2	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 032,1	2 174,4	343,0	514,8	202,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 339,2	1 715,5	351,9	271,8	20,3
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,2	30,4	0,3	10,4	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	60,1	58,0	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	711,8	486,5	–9,1	234,5	182,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 344,9	–	–	2 344,9	14,6
11	– Geleistete Subventionen	55,1	–	55,1	–	4,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	434,6	–	434,6	–	5,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 044,2	977,3	46,8	20,1	233,7
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 189,4	704,2	29,4	455,9	–315,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 581,5	213,3	353,0	3 015,2	–351,7
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	539,6	131,7	–	407,9	15,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	554,7	–	554,7	–	0,7
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	907,9	–	–	907,9	3,7
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	907,9	153,8	753,3	0,8	3,7
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	784,1	85,1	698,2	0,8	0,8
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	774,1	–	–	774,1	10,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	475,3	282,3	87,1	105,9	100,3
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	412,9	247,2	31,8	133,9	162,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 524,0	115,2	907,5	2 501,4	–294,3
25	– Konsumausgaben	3 230,4	–	954,5	2 275,9	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
27	= Sparen	293,6	57,5	–47,0	283,1	–294,3
28	– Geleistete Vermögenstransfers	105,3	12,9	76,9	15,5	6,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	85,0	38,8	19,7	26,5	27,2
30	– Bruttoinvestitionen	886,5	490,4	125,8	270,2	–
31	+ Abschreibungen	887,1	493,8	119,2	274,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,3	–0,5	0,3	–19,1
33	= Finanzierungssaldo	254,8	67,5	–110,4	297,7	–254,8
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 524,0	115,2	907,5	2 501,4	–294,3
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	586,0	–	586,0	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	586,0	–	–	586,0	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 524,0	115,2	321,5	3 087,3	–294,3
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 230,4	–	368,5	2 861,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
40	= Sparen	293,6	57,5	–47,0	283,1	–294,3

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2024

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2025

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 022,2	2 737,5	475,2	809,4	–
4	– Abschreibungen	914,7	510,0	121,5	283,2	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 107,4	2 227,5	353,7	526,2	190,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 419,6	1 775,3	362,8	281,5	21,1
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	42,7	31,8	0,3	10,6	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	64,4	62,2	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	709,6	482,7	–9,3	236,2	168,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 425,3	–	–	2 425,3	15,4
11	– Geleistete Subventionen	55,7	–	55,7	–	4,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	451,9	–	451,9	–	5,5
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 065,3	992,6	52,4	20,3	242,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 212,9	729,1	24,6	459,2	–286,7
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 678,7	219,2	359,1	3 100,4	–343,8
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	561,9	137,9	–	424,0	20,0
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	581,1	–	581,1	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	948,8	–	–	948,8	3,9
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	950,1	158,4	790,9	0,8	2,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	815,2	87,2	727,1	0,8	0,9
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	804,9	–	–	804,9	11,2
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	470,5	276,4	85,2	108,9	93,4
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	418,6	241,5	34,9	142,2	145,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 637,1	117,5	953,8	2 565,7	–302,1
25	– Konsumausgaben	3 328,7	–	988,6	2 340,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
27	= Sparen	308,3	59,9	–34,7	283,2	–302,1
28	– Geleistete Vermögenstransfers	109,5	14,1	79,7	15,7	6,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	82,3	26,9	20,7	34,8	33,6
30	– Bruttoinvestitionen	920,9	520,6	131,0	269,4	–
31	+ Abschreibungen	914,7	510,0	121,5	283,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,3	–0,5	0,3	–19,1
33	= Finanzierungssaldo	255,9	42,8	–102,6	315,8	–255,9
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 637,1	117,5	953,8	2 565,7	–302,1
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	606,5	–	606,5	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	606,5	–	–	606,5	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 637,1	117,5	347,4	3 172,2	–302,1
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 328,7	–	382,1	2 946,6	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
40	= Sparen	308,3	59,9	–34,7	283,2	–302,1

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2026

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 151,5	2 829,9	484,9	836,7	–
4	– Abschreibungen	941,0	526,1	122,8	292,1	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 210,5	2 303,8	362,0	544,6	184,8
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 491,6	1 830,3	371,1	290,1	22,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	44,5	33,3	0,3	10,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	69,0	66,8	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	743,4	507,0	–9,3	245,7	162,8
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 497,3	–	–	2 497,3	16,3
11	– Geleistete Subventionen	56,0	–	56,0	–	4,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	471,2	–	471,2	–	5,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 086,3	1 011,7	53,6	21,1	249,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 234,7	732,0	24,9	477,7	–274,5
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 804,3	227,4	377,2	3 199,7	–343,7
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	584,2	145,2	–	439,0	24,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	608,1	–	608,1	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	986,5	–	–	986,5	4,1
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	988,6	163,1	824,6	0,8	2,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	839,4	89,1	749,5	0,8	1,0
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	828,9	–	–	828,9	11,5
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	490,1	295,4	84,9	109,8	102,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	440,9	256,9	36,1	147,9	151,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,6	117,8	1 011,7	2 641,2	–310,0
25	– Konsumausgaben	3 424,8	–	1 016,6	2 408,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
27	= Sparen	345,8	60,1	–4,9	290,6	–310,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	114,7	16,3	82,6	15,9	6,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	79,8	12,5	21,5	45,7	41,1
30	– Bruttoinvestitionen	976,8	561,7	137,3	277,8	–
31	+ Abschreibungen	941,0	526,1	122,8	292,1	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,3	–0,5	0,3	–19,1
33	= Finanzierungssaldo	256,0	1,4	–79,8	334,4	–256,0
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,6	117,8	1 011,7	2 641,2	–310,0
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	627,7	–	627,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	627,7	–	–	627,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 770,6	117,8	384,0	3 268,8	–310,0
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 424,8	–	388,9	3 035,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
40	= Sparen	345,8	60,1	–4,9	290,6	–310,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

## VGR-TABELLEN

### Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Erwerbstätige	0,4	0,1	-0,2	0,4	0,4	0,1	0,0	-0,1	-0,2
Arbeitszeit, arbeitstätig	0,5	0,9	-0,9	0,2	0,8	2,0	-0,1	0,1	-2,0
Arbeitstage	-0,2	-0,3	1,0	-0,5	0,0	-1,1	0,6	0,0	1,9
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,6	0,7	-0,2	0,1	1,0	1,0	0,5	0,0	-0,3
Produktivität <sup>1</sup>	-0,6	0,1	1,6	-0,4	-0,8	-0,6	0,9	1,3	1,9
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,5</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	3 230,4	3 328,7	3 424,8	1 573,6	1 656,8	1 619,7	1 709,0	1 666,4	1 758,4
Private Haushalte <sup>2</sup>	2 275,9	2 340,2	2 408,2	1 112,3	1 163,7	1 140,0	1 200,1	1 173,3	1 234,9
Staat	954,5	988,6	1 016,6	461,3	493,2	479,7	508,9	493,1	523,5
Anlageinvestitionen	897,4	929,9	987,2	438,3	459,1	446,5	483,4	472,4	514,8
Ausrüstungen	264,2	272,3	292,9	127,2	137,0	128,2	144,2	136,2	156,7
Bauten	464,6	479,7	506,9	230,2	234,4	233,3	246,4	246,3	260,6
Sonstige Anlageinvestitionen	168,6	177,9	187,4	80,9	87,7	85,1	92,8	90,0	97,4
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-10,9	-9,0	-7,4	6,5	-17,4	10,5	-19,5	10,1	-17,4
Inländische Verwendung	4 116,9	4 249,7	4 401,6	2 018,4	2 098,5	2 076,8	2 172,9	2 148,7	2 252,9
Außenbeitrag	202,3	190,0	184,8	113,7	88,6	104,9	85,1	102,5	82,3
Exporte	1 831,0	1 879,6	1 951,5	911,3	919,7	926,9	952,7	959,3	992,2
Importe	1 628,7	1 689,6	1 766,7	797,6	831,1	822,0	867,6	856,8	909,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>4 319,2</b>	<b>4 439,7</b>	<b>4 586,4</b>	<b>2 132,1</b>	<b>2 187,1</b>	<b>2 181,7</b>	<b>2 258,0</b>	<b>2 251,1</b>	<b>2 335,3</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	3,8	3,0	2,9	4,0	3,7	2,9	3,1	2,9	2,9
Private Haushalte <sup>2</sup>	3,2	2,8	2,9	3,4	3,0	2,5	3,1	2,9	2,9
Staat	5,4	3,6	2,8	5,6	5,3	4,0	3,2	2,8	2,9
Anlageinvestitionen	-0,3	3,6	6,2	-0,8	0,2	1,9	5,3	5,8	6,5
Ausrüstungen	-4,2	3,1	7,6	-4,1	-4,2	0,8	5,2	6,3	8,7
Bauten	-0,3	3,3	5,7	-1,4	0,7	1,3	5,1	5,6	5,8
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	5,5	5,3	7,0	6,4	5,1	5,8	5,8	5,0
Inländische Verwendung	2,5	3,2	3,6	2,3	2,6	2,9	3,5	3,5	3,7
Exporte	0,8	2,7	3,8	-0,5	2,1	1,7	3,6	3,5	4,1
Importe	-1,2	3,7	4,6	-4,1	1,7	3,1	4,4	4,2	4,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,6</b>	<b>2,8</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>									
<b>a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2 703,2	2 735,5	2 764,6	1 332,6	1 370,6	1 347,3	1 388,2	1 361,4	1 403,2
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 890,5	1 909,5	1 930,4	930,4	960,0	936,5	973,1	946,9	983,5
Staat	813,1	826,4	834,6	402,3	410,7	411,1	415,3	414,8	419,8
Anlageinvestitionen	708,7	715,0	740,0	348,0	360,7	344,8	370,2	355,7	384,3
Ausrüstungen	224,2	225,9	237,2	108,3	115,9	106,6	119,3	110,7	126,6
Bauten	334,5	335,0	344,1	166,9	167,6	163,9	171,1	168,2	175,9
Sonstige Anlageinvestitionen	153,1	157,9	163,1	73,8	79,3	75,6	82,3	78,4	84,7
Inländische Verwendung	3 430,3	3 470,7	3 525,4	1 693,7	1 736,6	1 707,0	1 763,7	1 731,9	1 793,5
Exporte	1 525,5	1 548,9	1 591,9	761,9	763,6	766,0	782,9	784,6	807,3
Importe	1 338,6	1 371,2	1 417,4	659,3	679,3	669,9	701,3	690,2	727,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 615,6</b>	<b>3 646,4</b>	<b>3 697,6</b>	<b>1 795,9</b>	<b>1 819,7</b>	<b>1 802,2</b>	<b>1 844,2</b>	<b>1 825,3</b>	<b>1 872,3</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	1,0	1,2	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3	1,0	1,1
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,5	1,0	1,1	0,4	0,5	0,6	1,4	1,1	1,1
Staat	2,2	1,6	1,0	2,2	2,3	2,2	1,1	0,9	1,1
Anlageinvestitionen	-3,0	0,9	3,5	-3,2	-2,9	-0,9	2,6	3,2	3,8
Ausrüstungen	-6,3	0,7	5,0	-6,1	-6,5	-1,5	2,9	3,8	6,1
Bauten	-3,4	0,1	2,7	-4,1	-2,7	-1,8	2,0	2,6	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,1	3,3	4,6	3,2	2,5	3,8	3,7	2,9
Inländische Verwendung	-0,4	1,2	1,6	-0,9	0,2	0,8	1,6	1,5	1,7
Exporte	-0,1	1,5	2,8	-0,9	0,8	0,5	2,5	2,4	3,1
Importe	-1,0	2,4	3,4	-2,6	0,7	1,6	3,2	3,0	3,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,5</b>

VGR-TABELLEN

**Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2 010 = 100)</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	2,7	1,8	1,8	2,9	2,5	1,8	1,8	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	3,1	1,9	1,8	3,3	2,9	1,8	2,1	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,8	2,7	2,6	2,5	3,2	2,8	2,6	2,6	2,6
Ausrüstungen	2,3	2,3	2,4	2,1	2,4	2,3	2,3	2,4	2,4
Bauten	3,2	3,1	2,9	2,8	3,6	3,2	3,0	2,9	2,9
Exporte	0,9	1,1	1,0	0,4	1,3	1,2	1,0	1,0	1,0
Importe	-0,2	1,3	1,2	-1,5	1,0	1,4	1,1	1,2	1,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,2</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>3,8</b>	<b>2,6</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3 015,2	3 100,4	3 199,7	1 495,0	1 520,1	1 519,0	1 581,3	1 566,9	1 632,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	401,8	419,5	434,5	195,1	206,6	203,4	216,1	210,7	223,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 943,2	2 005,8	2 062,8	946,0	997,2	962,6	1 043,2	990,6	1 072,2
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	670,2	675,1	702,3	353,9	316,4	353,0	322,1	365,6	336,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,3	578,3	604,6	270,7	295,6	267,0	311,3	277,4	327,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3 581,5</b>	<b>3 678,7</b>	<b>3 804,3</b>	<b>1 749,2</b>	<b>1 832,3</b>	<b>1 786,0</b>	<b>1 892,7</b>	<b>1 844,3</b>	<b>1 960,0</b>
Abschreibungen	887,1	914,7	941,0	440,5	446,6	454,6	460,2	467,6	473,4
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>4 468,6</b>	<b>4 593,4</b>	<b>4 745,3</b>	<b>2 189,7</b>	<b>2 278,9</b>	<b>2 240,6</b>	<b>2 352,8</b>	<b>2 312,0</b>	<b>2 433,3</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3 189,1	3 261,2	3 369,4	1 557,9	1 631,2	1 577,9	1 683,3	1 627,4	1 742,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	844,2	835,9	872,1	433,3	410,9	411,8	424,1	426,1	446,0
Arbeitnehmerentgelt	2 344,9	2 425,3	2 497,3	1 124,6	1 220,3	1 166,0	1 259,2	1 201,3	1 296,1
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	4,1	2,8	3,2	4,1	4,1	2,7	2,9	3,2	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,9	4,4	3,6	4,3	5,5	5,1	3,8	3,6	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	5,3	3,2	2,8	5,4	5,1	3,4	3,1	2,9	2,8
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	0,5	0,7	4,0	0,8	0,1	-0,3	1,8	3,6	4,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,1	2,1	4,5	-1,8	-2,3	-1,4	5,3	3,9	5,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,1</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,1</b>	<b>3,3</b>	<b>3,3</b>	<b>3,6</b>
Abschreibungen	3,4	3,1	2,9	3,2	3,6	3,2	3,0	2,9	2,9
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	1,7	2,3	3,3	2,5	1,1	1,3	3,2	3,1	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-6,8	-1,0	4,3	-5,5	-8,1	-5,0	3,2	3,5	5,2
Arbeitnehmerentgelt	5,2	3,4	3,0	5,9	4,6	3,7	3,2	3,0	2,9
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Masseneinkommen	1 961,1	2 021,4	2 074,5	944,4	1 016,6	976,7	1 044,6	1 003,4	1 071,1
Nettolöhne- und -gehälter	1 355,0	1 390,8	1 423,9	644,7	710,3	661,9	728,9	678,5	745,4
Monetäre Sozialleistungen	774,1	804,9	828,9	382,8	391,2	401,6	403,3	413,7	415,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	168,0	174,3	178,3	83,1	84,9	86,8	87,5	88,9	89,5
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	670,2	675,1	702,3	353,9	316,4	353,0	322,1	365,6	336,7
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-129,9	-130,7	-135,7	-58,8	-71,1	-63,1	-67,7	-65,5	-70,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2 501,4</b>	<b>2 565,7</b>	<b>2 641,2</b>	<b>1 239,5</b>	<b>1 261,9</b>	<b>1 266,6</b>	<b>1 299,1</b>	<b>1 303,5</b>	<b>1 337,6</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,6	57,6	57,7	28,0	29,6	28,0	29,6	28,0	29,6
Konsumausgaben	2 275,9	2 340,2	2 408,2	1 112,3	1 163,7	1 140,0	1 200,1	1 173,3	1 234,9
Sparen	283,1	283,2	290,6	155,2	127,9	154,6	128,6	158,3	132,3
Sparquote in Prozent <sup>7</sup>	11,1	10,8	10,8	12,2	9,9	11,9	9,7	11,9	9,7
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Masseneinkommen	5,6	3,1	2,6	6,4	4,8	3,4	2,8	2,7	2,5
Nettolöhne- und -gehälter	5,3	2,6	2,4	6,6	4,2	2,7	2,6	2,5	2,3
Monetäre Sozialleistungen	5,9	4,0	3,0	6,2	5,7	4,9	3,1	3,0	3,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	5,5	3,8	2,3	7,3	3,8	4,5	3,0	2,3	2,3
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	0,5	0,7	4,0	0,8	0,1	-0,3	1,8	3,6	4,5
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>4,0</b>	<b>2,6</b>	<b>2,9</b>	<b>4,7</b>	<b>3,4</b>	<b>2,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>
Konsumausgaben	3,2	2,8	2,9	3,4	3,0	2,5	3,1	2,9	2,9
Sparen	10,4	0,0	2,6	14,1	6,2	-0,4	0,6	2,4	2,9



## VGR-TABELLEN

### Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>a</sup></b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	990,2	1 034,2	1 079,2	486,7	503,5	509,7	524,5	532,6	546,6
direkte Steuern	554,7	581,1	608,1	270,0	284,7	283,9	297,2	297,6	310,4
indirekte Steuern	435,5	453,1	471,2	216,7	218,8	225,9	227,2	235,0	236,2
Nettosozialbeiträge	753,3	790,9	824,6	364,2	389,0	384,9	406,1	400,9	423,8
Vermögenseinkommen	29,4	24,6	24,9	17,2	12,2	12,3	12,3	12,5	12,5
Laufende Übertragungen	31,4	34,3	36,1	13,7	17,7	14,7	19,6	15,7	20,4
Vermögenstransfers	19,7	20,7	21,5	8,4	11,3	8,8	11,9	9,2	12,4
Verkäufe	174,4	180,4	184,6	83,2	91,1	86,7	93,7	88,6	96,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 998,5</b>	<b>2 085,3</b>	<b>2 171,2</b>	<b>973,6</b>	<b>1 025,0</b>	<b>1 017,2</b>	<b>1 068,1</b>	<b>1 059,6</b>	<b>1 111,6</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	274,0	285,0	296,0	126,6	147,4	132,1	152,9	137,3	158,7
Arbeitnehmerentgelte	351,9	362,8	371,1	169,1	182,9	175,0	187,8	178,7	192,5
Soziale Sachleistungen	392,7	408,7	420,4	193,6	199,1	202,7	206,0	208,6	211,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	46,8	52,4	53,6	22,7	24,1	26,7	25,6	27,4	26,2
Subventionen	55,1	55,7	56,0	25,5	29,6	25,7	30,0	25,9	30,1
Monetäre Sozialleistungen	698,2	727,1	749,5	344,0	354,2	360,1	366,9	371,4	378,0
Sonstige laufende Transfers	87,5	85,8	84,9	42,9	44,6	42,1	43,6	41,4	43,4
Bruttoinvestitionen	125,8	131,0	137,3	55,5	70,4	57,7	73,2	60,5	76,7
Vermögenstransfers	76,9	79,7	82,6	30,5	46,4	31,6	48,1	32,7	49,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-0,5	-0,5	-0,5	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>2 108,9</b>	<b>2 187,9</b>	<b>2 251,0</b>	<b>1 010,4</b>	<b>1 098,6</b>	<b>1 053,9</b>	<b>1 134,1</b>	<b>1 083,9</b>	<b>1 167,1</b>
Finanzierungssaldo	-110,4	-102,6	-79,8	-36,8	-73,6	-36,7	-66,0	-24,3	-55,5
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	3,4	4,4	4,4	3,6	3,2	4,7	4,2	4,5	4,2
direkte Steuern	4,0	4,8	4,6	4,1	3,8	5,1	4,4	4,9	4,4
indirekte Steuern	2,6	4,0	4,0	2,9	2,3	4,2	3,9	4,0	3,9
Nettosozialbeiträge	6,1	5,0	4,3	6,5	5,8	5,7	4,4	4,2	4,4
Vermögenseinkommen	-6,3	-16,3	1,3	8,1	-21,2	-28,5	1,1	1,3	1,3
Laufende Übertragungen	-6,0	9,2	5,3	-6,7	-5,5	7,5	10,5	7,0	4,0
Vermögenstransfers	1,5	4,9	4,1	-1,8	4,1	5,3	4,6	4,1	4,1
Verkäufe	5,3	3,5	2,3	6,2	4,5	4,1	2,9	2,3	2,4
Sonstige Subventionen	-12,7	-6,0	-4,4	-25,0	-4,0	-6,5	-5,8	-4,7	-4,3
<b>Insgesamt</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>4,7</b>	<b>3,7</b>	<b>4,5</b>	<b>4,2</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	3,8	4,0	3,8	4,0	3,5	4,4	3,8	3,9	3,8
Arbeitnehmerentgelte	4,3	3,1	2,3	5,1	3,5	3,5	2,7	2,1	2,5
Soziale Sachleistungen	8,5	4,1	2,9	8,3	8,7	4,7	3,4	2,9	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,0	11,8	2,3	31,9	24,6	17,7	6,3	2,5	2,0
Subventionen	-34,8	1,1	0,5	-39,8	-29,9	1,0	1,2	0,6	0,5
Monetäre Sozialleistungen	6,7	4,1	3,1	6,7	6,7	4,7	3,6	3,1	3,0
Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>	-4,7	-2,0	-1,0	-2,7	-6,5	-1,9	-2,2	-1,6	-0,5
Bruttoinvestitionen	7,4	4,1	4,8	9,8	5,6	4,1	4,1	4,9	4,8
Vermögenstransfers <sup>9</sup>	3,3	3,6	3,6	2,9	3,7	3,4	3,7	3,4	3,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup>	-6,0	3,0	3,0	-19,5	4,0	3,1	3,0	3,0	3,0
Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>	1,5	0,3	0,3	3,4	0,1	0,2	0,4	0,1	0,5
<b>Insgesamt</b>	<b>4,3</b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,1</b>	<b>4,3</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Herbst 2024.

## INTERVIEW



# „Erholung der deutschen Wirtschaft lässt noch auf sich warten“

Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin

1. **Frau Dany-Knedlik, für die deutsche Wirtschaft lief es in diesem Jahr bislang nicht wirklich gut. Ist die erhoffte Erholung eingetreten?** Die erhoffte Erholung lässt noch auf sich warten. Zwar hatten wir einen starken Jahresauftakt im ersten Quartal, das zweite Quartal hat dann allerdings mit einer leicht negativen Wachstumsrate enttäuscht.
2. **Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** Wir rechnen mit einer Stagnation in diesem Jahr und mit einer Erholung von 0,9 Prozent im kommenden Jahr. 2026 dürfte die deutsche Wirtschaft unseren Berechnungen zufolge um 1,4 Prozent wachsen.
3. **Woran liegt es, dass die Wirtschaft nicht so rund läuft wie zuletzt noch erhofft?** Zum einen ist die ersehnte Erholung in der Industrie, die sich noch im ersten Quartal angedeutet hat, leider nicht eingetreten. Zum anderen enttäuschen die Konsumzahlen. Im ersten Quartal hat der Konsum noch angezogen, im zweiten Quartal ist er dann aber deutlich schwächer ausgefallen.
4. **Wo liegen dafür die Gründe? Immerhin steigen die Reallöhne seit Mitte des vergangenen Jahres.** Das ist richtig, die Reallöhne und auch die verfügbaren Einkommen sind seit dem Ende der Energiekrise deutlich gestiegen. Die vorherigen Verluste wurden jedoch erst teilweise kompensiert. Der andere Faktor ist, dass die Verbraucher\*innen durch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stark verunsichert sind. Zudem ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, weil der Beschäftigungsaufbau gerade im Verarbeitenden Gewerbe zurückgegangen ist. Zwar steigt die Beschäftigung insgesamt nach wie vor, allerdings fast ausschließlich in den öffentlichen Sektoren, also beispielsweise im Bildungsbereich.
5. **Wie werden sich die Preise entwickeln?** Die Verbraucherpreise haben sich zuletzt stabil entwickelt und sind knapp unter die Zwei-Prozent-Marke gefallen. Das ist ein positives Signal, das wir auch so in der Sommerprognose vorherge-

sagt hatten. Das dürfte also nicht auf dem privaten Konsum lasten, sondern eher ein Zeichen dafür sein, dass auch in Zukunft mit stabilen Inflationsraten zu rechnen ist und die Europäische Zentralbank die Zinsen in den kommenden Quartalen noch weiter senken dürfte.

6. **Wie läuft es bei der Industrie und im Verarbeitenden Gewerbe?** Das Verarbeitende Gewerbe und die Industrie sind unsere Sorgenkinder. Seit längerem liegen die Produktionszahlen auf einem abwärts gerichteten Trend und am aktuellen Rand hat sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe, gemessen an Einkaufsmanagerindizes, wieder eingetrübt. Wir hatten zum Jahresauftakt gehofft, dass sich im ersten Quartal eine leichte Erholung einstellt, aber gerade im Hinblick auf eine Abkühlung der Weltwirtschaft, die insbesondere auf China zurückgeht, sehen wir, dass die Industrie im zweiten Quartal doch wieder geschwächt hat. Das zieht die Exporte sowie die Ausrüstungsinvestitionen hierzulande herunter, die sich in den kommenden Jahren wohl nur allmählich wieder erholen dürften. Das dämpft das deutsche Wirtschaftswachstum.
7. **Die Bundesregierung hat im Juli ein Wachstumspaket beschlossen. Wird das die Konjunktur retten?** Unserer Einschätzung nach sind durch das Wachstumspaket kurzfristig nur sehr geringe Impulse zu erwarten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat selbst ausgerechnet, dass – wenn alle 49 Maßnahmen des Wachstumspakets im kommenden Jahr in Kraft treten würden – mit einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 0,5 Prozentpunkte zu rechnen ist. Wir denken aber, dass ein Großteil der Maßnahmen erst im Laufe des Jahres anlaufen wird. Entsprechend gering dürfte der von diesem Wachstumspaket ausgehende Impuls ausfallen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](https://www.diw.de/interview)

SOEP Papers Nr. 1209

2024 | Laura Buchinger, Theresa M. Entringer, David Richter, Gert G. Wagner, Denis Gerstorf, Wiebke Bleidorn



## Codevelopment of Life Goals and the Big Five Personality Traits Across Adulthood and Old Age

Since the new millennium, research in the field of personality development has focused on the stability and change of basic personality traits. Motivational aspects of personality and their longitudinal association with basic traits have received comparably little attention. In this preregistered study, we applied bivariate latent growth curve modeling to investigate the codevelopment of nine life goals and the Big Five traits. We tested age, perceived control, gender, educational background, and regional socialization as potential moderators of codevelopment. Data came from the German Socio-Economic Panel

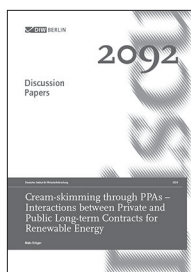
study (N = 55,040, age range: 18-103 years) and span a study period of 13 years. During this period, the Big Five traits and life goals were assessed four times. Our findings suggest that development in broader life goal domains (e.g., self-fulfillment) is more strongly connected to personality development across the life span, whereas changes in specific goals (e.g., having children) are more closely tied to trait changes during young and middle adulthood. The strongest codevelopment was found between Openness and agentic goals with a focus on personal growth followed by codevelopment between Agreeableness and communal goals. Developmental stage and educational background moderated the codevelopment of Conscientiousness and economic achievement as well as family-related goals. Contrary to previous research, we found that Neuroticism codeveloped with communal life goals (i.e., having a happy relationship/marriage). Our findings reinforce theoretical frameworks that highlight the role of changing opportunities, constraints, and developmental tasks across adulthood.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 2092

2024 | Mats Kröger



## Cream-skimming through PPAs – Interactions between Private and Public Long-term Contracts for Renewable Energy

Public support systems and private investments in renewable energy are increasingly existing side-by-side and are both emphasized in policy proposals on the European and national levels. This paper assesses the interaction between the two approaches with respect to cream-skimming, i.e., the potential for low-cost projects to sign private contracts that increase the costs of publicly supported renewable energy. This paper uses a stylized microeconomic model and a numerical simulation to assess this question. It finds that the incentive to cream-skimming exists when governments employ any form of

resource differentiation in their renewable energy contracts. The numerical analysis shows that, at current price levels, cream-skimming could increase power prices by 2-6% depending on the PPA's mark-up. The effect is larger for a wider cost-distribution of renewable energy projects, which might occur as the energy transition proceeds.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





KARSTEN NEUHOFF

# Flexibilität fällt nicht vom Himmel

Karsten Neuhoff ist Leiter der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Als jüngst ein Solar-Plan – vermeintlich von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck – in der Presse die Runde machte, löste dies eine Empörungswelle aus. Der Plan wurde so verstanden, dass künftig die Unternehmen ihre Produktion an Sonne und Wind ausrichten müssten und dadurch Risiken für die Wirtschaft entstehen würden. Der Empörung liegt ein Missverständnis zugrunde. Den Unternehmen soll nicht eine Produktion nach Wetterlage vorgeschrieben werden, sondern sie sollen Flexibilitätspotenziale erschließen. Mit Flexibilität kann Energie, die bei viel Wind und Sonne erzeugt wird, in Stunden mit geringer Erzeugung verschoben werden. Das reduziert den Einsatz konventioneller Energie und damit Emissionen.

Die Flexibilität ergibt sich dabei nicht aus einem Herunterfahren der Industrieproduktion, sondern durch Investitionen in Speicheroptionen und hybride Energieversorgungskonzepte. So betragen zum Beispiel die Investitionskosten für Wärmespeicher einen Bruchteil der Kosten für Batteriespeicher, und sie benötigen deutlich weniger seltene Erden und Grundfläche. Allerdings fällt Flexibilität nicht vom Himmel – und bisher reduzieren drei Fehlanreize die Wirtschaftlichkeit und damit die Anreize, Flexibilität zu erschließen.

Erstens: Die Reduktion der Netzentgelte für stromintensive Unternehmen ist an eine konstante Stromnachfrage gekoppelt. Das ist aus der Zeit gefallen, denn es schafft Anreize gegen statt für Flexibilität. Hier führt die Bundesnetzagentur – nicht wie kolportiert der Bundeswirtschaftsminister – eine ergebnisoffene Konsultation durch, um geeignete Reformoptionen zu finden. Dabei sollten dann auch Übergangsregelungen berücksichtigt werden, damit stromintensive Unternehmen Investitionen tätigen können, um Flexibilitäten zu erschließen.

Zweitens: Netzengpässe und die dadurch verursachten Kosten im Übertragungsnetz wachsen schneller als der Netzausbau. Das liegt daran, dass die Leistung der angeschlossenen Stromerzeugung und Stromnachfrage von rund 100 Gigawatt auf das Vier- bis Fünffache wächst – durch den Ausbau von Wind- und Solar sowie der Elektrifizierung von Wärme, Mobilität

und Industrie. Das Übertragungsnetz kann nicht im gleichen Umfang vergrößert werden – das wäre viel zu teuer und würde auch vor Ort keine Akzeptanz finden. Die Nachfrage muss also nicht nur deutschlandweit, sondern auch vor Ort auf die Wind- und Solarproduktion reagieren. Die Wissenschaft ist sich einig, dass geht nur mit lokalen Preissignalen. Unsicherheiten für Marktakteure könnten dabei zum Beispiel durch ein Poolkonzept abgesichert werden. In diesem Erneuerbare-Energien-Pool werden die günstigen Konditionen wettbewerblicher Ausschreibungen für neue Windkraft- und Solarprojekte an die Stromverbraucher\*innen weitergegeben. Dabei können auch die jeweiligen Strompreise am Standort abgesichert werden.

Drittens: Wenn Flexibilitätspotenziale bei der Kraftwerksstrategie und Kapazitätsplanung unzureichend berücksichtigt werden, droht ein Henne- und Ei-Problem. Regulierungsbehörden und Netzbetreiber werden lieber auf etablierte Gaskraftwerke setzen. Umfassende Versorgung mit Gaskraftwerken dämpft Preisspitzen ab. Damit entfallen aber wichtige Anreize für Investitionen in Flexibilität. Eine Versorgungssicherheitsreserve könnte Abhilfe schaffen. Ähnlich wie die bisherige strategische Reserve erlaubt sie dem Netzbetreiber, Kraftwerke in der Hinterhand zu halten. Deren Einsatz erfolgt aber nur zu einem klar definierten höheren Preis, so dass sich daraus Anreize für Investitionen und Nutzung von Flexibilität ergeben.

Flexibilität wird nicht vom Himmel fallen, sondern kann nur in einem attraktivem Investitionsumfeld erschlossen und genutzt werden. Mehrere Reformen im Strommarkt sind dafür notwendig und auch möglich. Diese Reformen schränken die Produktion in Deutschland aber nicht ein, sondern schaffen die nötigen Investitionsrahmenbedingungen. Das ist wichtig für Deutschland als Innovationsland und für die globale Wettbewerbsfähigkeit bei den Energiekosten.

Der Beitrag ist am 3. September 2024 bei Focus online erschienen.